

Auswertung der „Onlinebefragung zum Parteiprogramm Teil 2“

Inhaltsverzeichnis

- Hinweise zur Datenerhebung S. 2
- Finanzen, Steuern und Wirtschaft S. 3
- Freiheit und Recht in Sicherheit – Inneres und Rechtspolitik S. 17
- Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik S. 22
- Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Netzpolitik S. 30
- Gesundheitspolitik S. 38
- Grundwerte, Demokratie und Europa S. 43
- Energie, Klima, Technik und Infrastruktur S. 50

Auswertung der „Onlinebefragung zum Parteiprogramm Teil 2“

Hinweise zur Datenerhebung

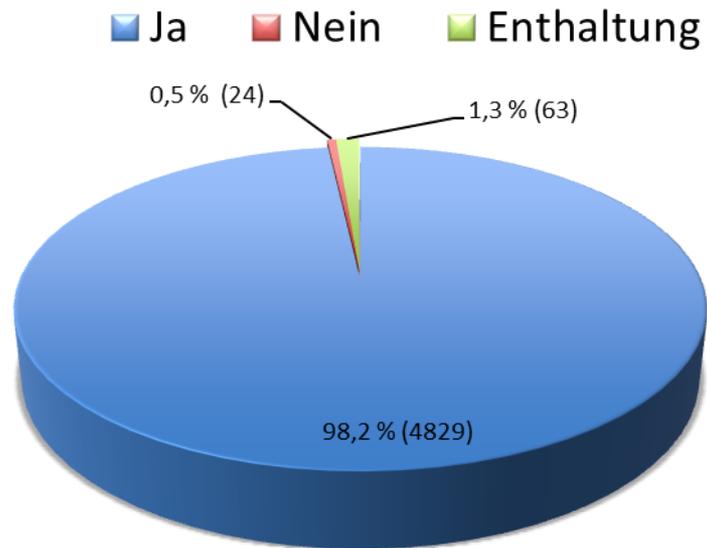
- Befragungszeitraum: 08.02.2016 bis 22.02.2016
- Versand Erinnerungsmail zur Teilnahme am 15.02.2016
- Anzahl der Fragen: 61, davon 7 Freitextfragen
- Grundgesamtheit (nur stimmberechtigte Mitglieder Stand 08.02.2016): 18.131
- Rücklauf* der ausgefüllten** Fragebogen zum 22.02.2016: 4.916
- Beteiligungsquote: **27,1 %**
- Jeder ausformulierten Einzelfrage pro Themenbereich folgt eine grafische Darstellung der Ergebnisse

*Auswertung Stand 22.02.2016, 23:30 Uhr / ** Anzahl der vollständig ausgefüllten Fragebögen

Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 1:

Soll der Themenkomplex Finanz-, Steuer- Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Alterssicherung und Wirtschaftspolitik in das künftige Parteiprogramm mit aufgenommen werden?



Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 2: Reformüberlegungen zum Geldsystem

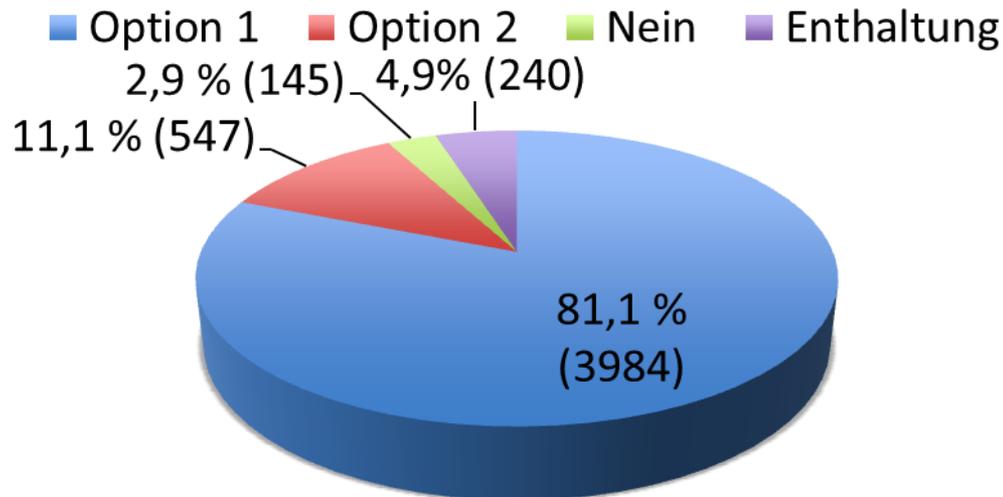
Die AfD ist die Partei des gesunden Menschenverstandes und wendet sich gegen Denkverbote. Sie steht für grundlegende Reformen, etwa hinsichtlich des Verhältnisses Deutschlands zur EU wie auch bei der Einführung direkt-demokratischer Elemente in die politische Landschaft. Die Eurokrise zeigt, dass eine schädliche Geld- und Währungspolitik enorme Konsequenzen für das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands hat.:

Option 1:

Aus Sorge um unser Geld wollen wir auch darüber nachdenken, ob grundsätzlichere Reformen am Geldsystem mit seinem Kartell aus Zentral- und Geschäftsbanken zur Schöpfung von Kreditgeld notwendig sind. Damit Deutschland bei einer demokratischen Entscheidung hin zu stabilem Geld alle Optionen offen hat, sollte das Gold der Bundesbank ausschließlich im deutschen Inland gelagert werden.

Option 2:

Aus Sorge um unser Geld wollen wir auch darüber nachdenken, ob grundsätzlichere Reformen am Geldsystem mit seinem Kartell aus Zentral- und Geschäftsbanken zur Schöpfung von Kreditgeld notwendig sind.



Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

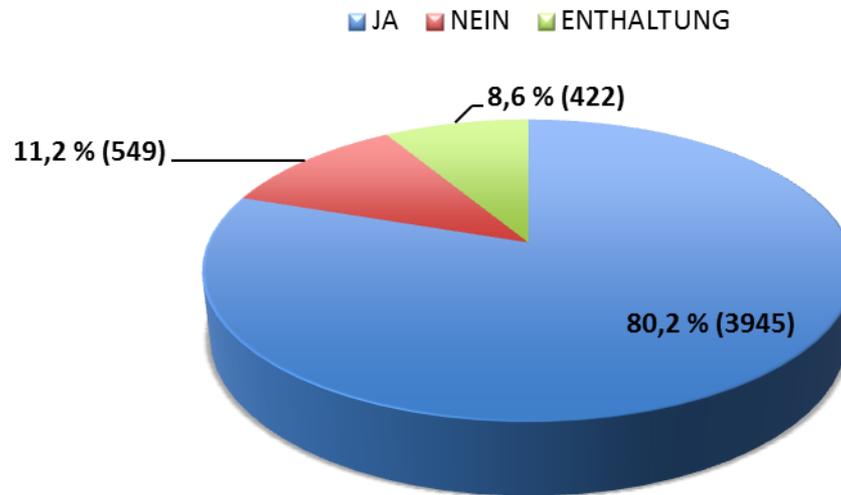
Frage 3: Steuer- und Bankgeheimnis

Die langjährigen Regierungsparteien haben das Steuer- wie auch das Bankgeheimnis faktisch aufgehoben.

Im Jahr 2015 hat sich die Zahl der Abfragen auf 141.640 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Die Möglichkeit zur Kontenabfrage steht den Behörden offen. Der Bürger darf nicht zum gläsernen Untertanen werden. Internationale Übereinkommen wie zu FATCA und Swift tragen ebenfalls zur Überwachung des Bürgers bei.

Zudem wird durch den Austausch von Steuerdaten das Steuergeheimnis ausgehöhlt. Steuerdaten deutscher Bürger sind sensible Daten und sollten vom Staat vertraulich behandelt und nicht mit anderen Institutionen oder fremden Staaten ausgetauscht werden.

Die AfD setzt sich daher für die Wiederherstellung von Bank- und Steuergeheimnis ein.

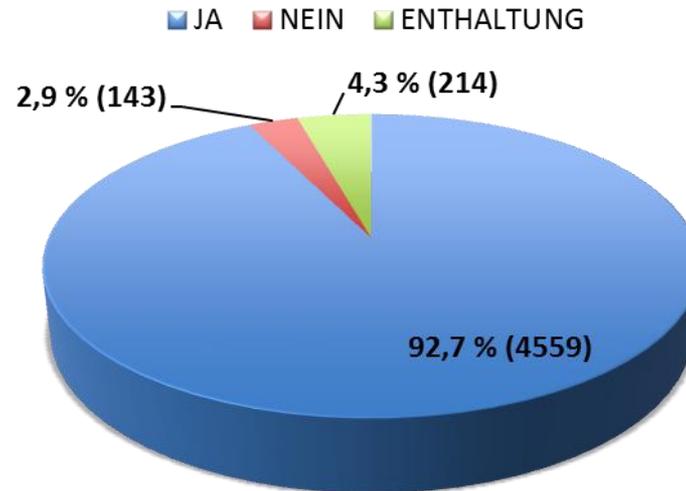


Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 4: Mittelstandspolitik

Die AfD unterstützt den Bürokratieabbau und wendet sich gegen Überregulierung. Jede Regelbefolgung verursacht Kosten, die bei Großunternehmen geringer ins Gewicht fallen als beim Mittelstand oder kleineren Unternehmen.

Wir wollen deutliche Vereinfachungen zum Beispiel beim Hunger nach statistischen Daten, beim betrieblichen Beauftragtenwesen, bei betrieblichen Sicherheitsbestimmungen und Bürokratieabbau beim Mindestlohn.

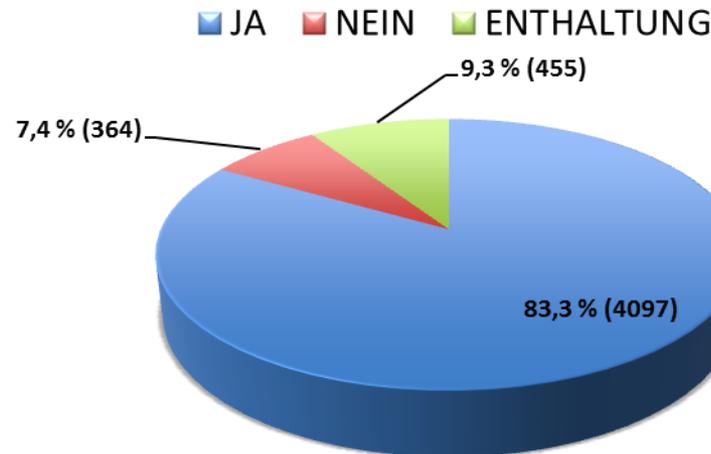


Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 5: Föderalismus - Bund-Länder-Finzen

Die AfD steht für selbständige und starke Gebietskörperschaften. Wir wollen regionale und lokale Selbstverwaltung ermöglichen und Subsidiarität garantieren, damit regionale Eigen- und Besonderheiten gepflegt werden können. Deutschland ist stets, anders als Frankreich, ein föderaler Staat gewesen. Wir wollen dem Föderalismus wieder Gewicht verleihen. Wir lehnen es ab, dass der Bund zentral steuernd in lokale und regionale Angelegenheiten eingreift. Politik sollte vor Ort stattfinden und dementsprechend muss auch die Finanzierung vor Ort erfolgen können, damit Verantwortlichkeit hergestellt wird. Der Länderfinanzausgleich muss überarbeitet werden, um Blüten wie etwa die Subventionierung Berlins mit derzeit 3,5 Milliarden Euro jährlich verhindern zu können.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Bund-Länder-Finzen neu ordnen, um Kompetenzgerangel zu unterbinden und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Bund, Länder und Gemeinden brauchen eigene Finanzierungsquellen, aus denen sie ihre Tätigkeiten selbst finanzieren. Eine klare Aufgabenzuteilung soll Wettbewerb zwischen den Bundesländern ermöglichen. Wir fordern eigenverantwortliche Länder und Kommunen, die auch für sich genommen insolvenzfähig sein müssen. Wie auf europäischer Ebene befürworten wir hier die Nichtbeistandsklausel, so dass Rettungsprogramme des Bundes für überschuldete Kommunen oder Ländern verboten sind.



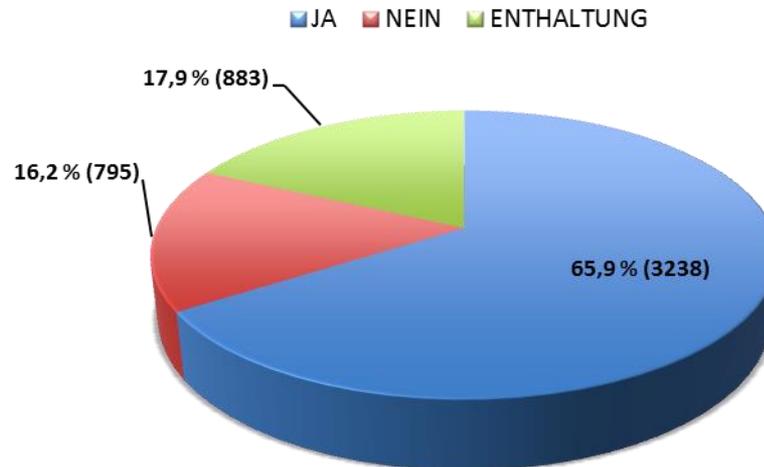
Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 6: Föderalismus – Grunderwerbsteuer

Gelebter Föderalismus ermöglicht, dass Länder, Regionen und Kommunen miteinander um die jeweils besten Lösungen ringen. Damit sich dieses Ringen zugunsten der Bürger niederschlagen kann, darf er in seiner Mobilität nicht behindert werden. Der ungeschickt gestaltete Länderfinanzausgleich hat einen Wettlauf um die höchsten Grunderwerbsteuersätze hervorgebracht, weil das Aufkommen der Grunderwerbsteuer nur eingeschränkt auf die von den Ländern zu leistenden Ausgleichszahlungen angerechnet wird.

Damit ist die Grunderwerbsteuer zu einer Strafsteuer für mobile Bürger geworden und hat als Transaktionsteuer zudem dazu beigetragen, die Nebenkosten des Immobilienerwerbs übermäßig anzuheizen. Der Anstieg der Grunderwerbsteuersätze hat dazu beigetragen, dass Immobilien sich verteuert haben. Sie verhindert somit heute für viele Bürger den Erwerb eines Eigenheims.

Die Grunderwerbsteuer ist daher abzuschaffen. Um Aufkommensneutralität herzustellen, kann ggf. im Gegenzug die Grundsteuer angehoben werden, wodurch die Gemeinden eine stärkere Finanzierungsbasis erhalten.



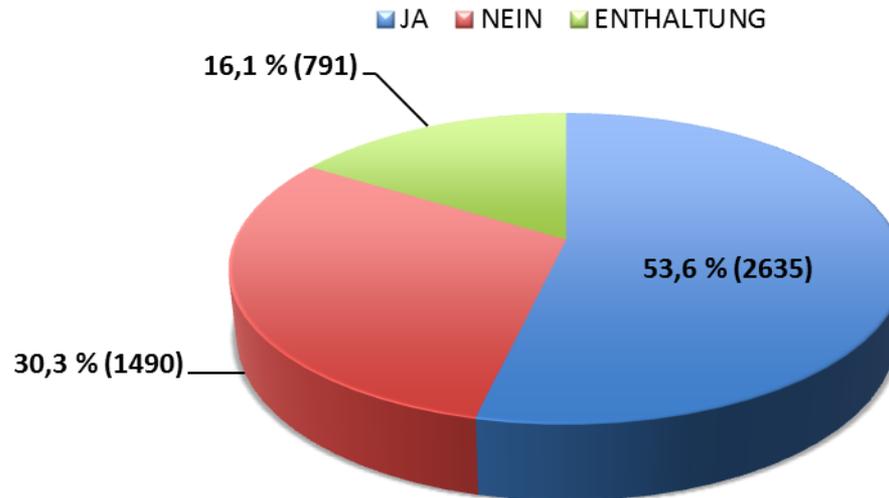
Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 7: Soziale Absicherung - Versicherungspflicht in der Unfallversicherung

Die AfD steht für grundlegende Reformen zum Wohle Deutschlands. Das betrifft auch die Sozialversicherungen. Nur so können die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben. Die hohen Abgaben wirken sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer aus. Auch der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands leidet darunter.

Die AfD hält die gesetzliche Unfallversicherung für Arbeitnehmer nicht mehr für zeitgemäß. Es findet sich eine Vielzahl von privaten Angeboten, mit deren Hilfe Unfallrisiken angemessen abgesichert werden können.

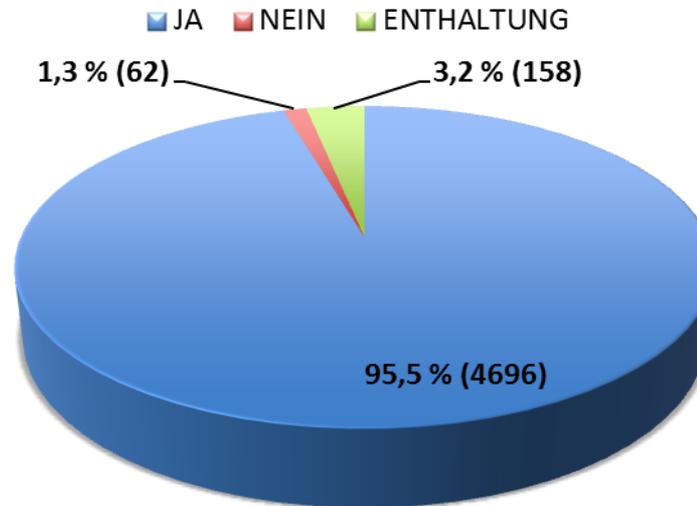
Die AfD will daher Arbeitnehmern die Flexibilität geben, sich freiwillig für eine Teilnahme an der gesetzlichen Unfallversicherung zu entscheiden.



Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 8: Ausgeglichene öffentliche Haushalte statt immer mehr Schulden

Die AfD strebt die Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten an. Sie befürwortet die schrittweise Rückführung der ausgeufernten öffentlichen Verschuldung. Nachkommende Generationen sollen nicht die Folgen der bisherigen kurzfristigen Ausgabenpolitik tragen müssen. Wir wollen die öffentlichen Haushalte konsolidieren, aber nicht nur, um die Staatsschuldenquote zurückzuführen, sondern auch, um die Verschuldung zu verringern, dies auch für den Fall, dass sich die zügellose Geldpolitik der EZB einmal ändert. Dauerhaft zu niedrige Zinsen gefährden die Alterssicherung weiter Teile der Bevölkerung.

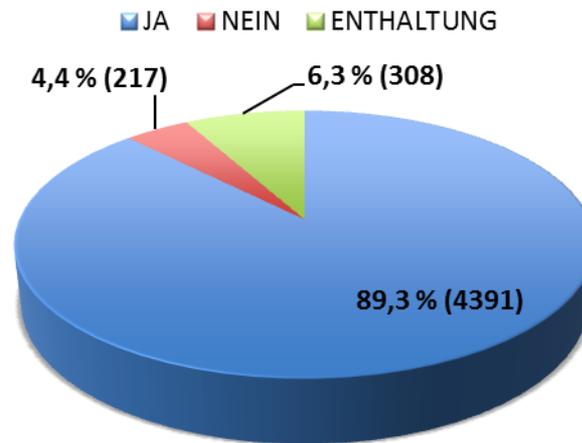


Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 9: Verbindliche Steuer- und Abgabenbremse

Die AfD will die staatliche Macht begrenzen. Deswegen ist es erforderlich, dem Staat Aufgaben wieder abzunehmen und die Bürger vom staatlichen Zugriff auf ihre Einkommen und Vermögen zu entlasten. Die AfD will die Bürger mit Steuern und Abgaben nicht im Übermaß belasten.

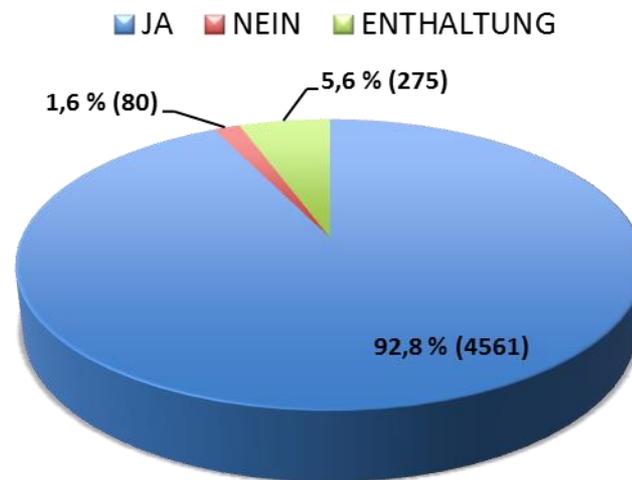
Analog zur Schuldenbremse wollen wir eine Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz verankern, um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben. Steuern und Abgaben sollen in Zukunft nicht mehr beliebig erhöht werden können. Die Obergrenze sollte der heutigen Gesamtbelastungsquote (Steuer- und Abgabenquote) entsprechen.



Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 10: Einkommensbesteuerung - Vereinfachung und Entlastung durch AfD-Stufentarif

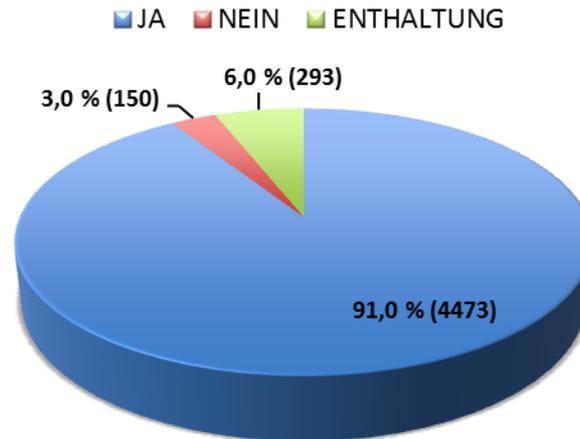
Die AfD ist für ein Steuersystem, das einfacher und gerechter ist; es soll vor allem Bürger mit geringem und mittlerem Einkommen entlasten. Steuererhöhungen und neue Steuern darf es nur im Einklang mit der Steuer- und Abgabenbremse geben. Wir wollen einen neuen Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einen deutlich höheren Grundfreibetrag. Der geltende Tarif führt zu Ungerechtigkeiten und zu versteckten Steuererhöhungen durch kalte Progression. Die kalte Progression wollen wir mit einem indexierten Stufentarif beseitigen. Der Grundfreibetrag soll an das pfändungsfreie Einkommen angepasst werden. Die Indexierung erfasst den Grundfreibetrag und die abzugsfähigen Pauschalen, um schleichende Steuererhöhungen zu vermeiden.



Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 11: Arbeit muss sich für alle lohnen - Aktivierende Grundsicherung

Die AfD setzt sich für eine Alternative zum Arbeitslosengeld II (sogenanntes „Hartz IV“) in Form einer „Aktivierenden Grundsicherung“ ein. Der staatliche Unterstützungsbetrag ist dabei mit wachsendem Einkommen immer weiter abzuschmelzen, bis von einem bestimmten Einkommen an begonnen wird, Einkommensteuer zu entrichten, statt einen staatlichen Unterstützungsbetrag zu erhalten. Der staatliche Unterstützungsbetrag wird nicht wie derzeit ganz oder nahezu vollständig auf den eigenen Verdienst angerechnet, sondern es verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entsteht Arbeitsanreiz. Derjenige, der Arbeit aufnimmt, wird somit auf jeden Fall mehr zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot). Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.



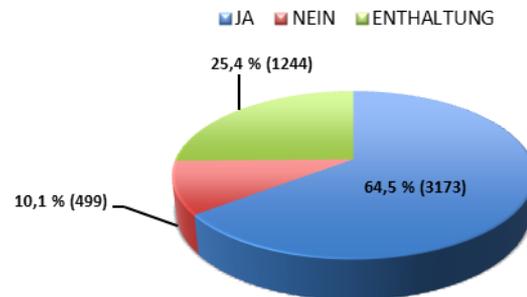
Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 12: Auflösung der Bundesagentur für Arbeit

Die AfD tritt dafür ein, die Bundesagentur für Arbeit aufzulösen und deren Aufgaben vor allem auf kommunale Jobcenter zu übertragen. Ist das Konzept umgesetzt, gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt: das kommunale Jobcenter. Somit entspricht dieser Ansatz einer flächendeckenden Ausdehnung des bereits praktizierten „Optionsmodells“ bei der jetzigen Gewährung von Leistungen nach dem SGB II und der Zuordnung bestimmter neuer Aufgaben, die bislang die Bundesagentur für Arbeit wahrnimmt. Die bisherigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit werden wie folgt aufgeteilt

Arbeitsvermittlung		Jobcenter
Berufsberatung		Jobcenter
Arbeitslosengeld I		Privatisierung
Insolvenzgeld		AOK
Kurzarbeitergeld		Rententräger
Durchführung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes		Jobcenter
Erteilung von Arbeiterlaubnissen		Kommunalverwaltung

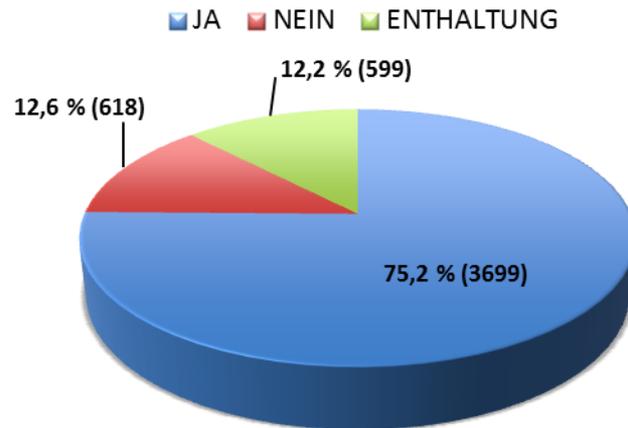
Die Auszahlung der Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz ist nur eine Aufgabe, die der Bundesagentur für Arbeit gemäß § 368 Abs. 3 SGB II übertragen ist. Erheblich zweckmäßiger ist es, wenn die Finanzverwaltung sie wahrnimmt, weil es sich ohnehin um eine Familienförderung handelt, die auf dem Steuerrecht fußt. Die kommunal organisierten Jobcenter betreuen alle Empfänger von öffentlichen Leistungen aus Anlass der eingetretenen Arbeitslosigkeit und daneben die Berufsanfänger. Alle Anliegen zum Thema „Arbeitslosigkeit und Lohnersatzleistung“ klärt eine Verwaltungsbehörde.



Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 13: Flexi-Rente mit Wegfall Arbeitgeberbeiträge

Um die Weiterbeschäftigung von zumeist gut ausgebildeten Arbeitnehmern im Rentenalter zu fördern, befürworten wir den Wegfall der Arbeitgeberbeiträge für weiterbeschäftigte Arbeitnehmer im Rentenalter. Der bestehende und sich verschärfende Fachkräftemangel belegt, dass die so weiterbeschäftigten Arbeitnehmer nicht zu jüngeren Arbeitnehmern in Konkurrenz stehen.



Themenbereich: Finanzen, Steuern, Wirtschaft

Frage 14: Leistungsgerecht entlohnen – Das Mindestlohngesetz in der sozialen Marktwirtschaft

These: Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland nach dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns - Mindestlohngesetz (MiLoG) - ein flächendeckender allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn für Arbeitnehmer und für die meisten Praktikanten in Höhe von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde.

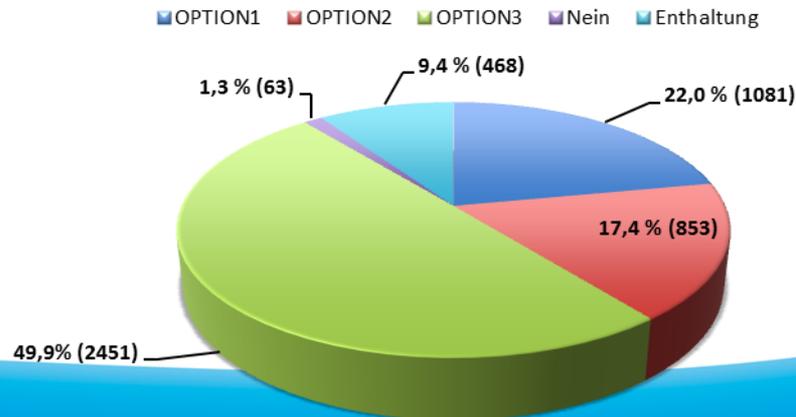
Die kontroverse Diskussion über einen Mindestlohn ist mit dessen Einführung nicht beendet und wird durch den massenhaften Andrang geringqualifizierter Migranten auf den deutschen Arbeitsmarkt weiter angeheizt.

Während es derzeit unumstritten ist, die Mindestlohnregelung beizubehalten, ist offen, ob künftig Reformbedarf besteht oder die jetzige Regelung festgeschrieben werden soll.

Option 1: Arbeit muss ein Leben ohne Zuhilfenahme staatlicher Leistungen ermöglichen, weshalb die AfD für leistungsgerechte Entlohnung eintritt. Allerdings sollte der Staat Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht selbst festsetzen, sondern dies den vorhandenen Vertragsparteien überlassen. Die AfD fordert deshalb eine umfassende Reform des derzeitigen Mindestlohngesetzes. Wir wollen einen sofortigen Abbau der Verwaltungsbürokratie beim Mindestlohnverfahren und den Mindestlohn im Zuge einer umfangreichen Reform des Arbeitsmarktes wieder abschaffen.

Option 2: Arbeit muss ein Leben ohne Zuhilfenahme staatlicher Leistungen ermöglichen, weshalb die AfD für leistungsgerechte Entlohnung eintritt. Allerdings sollte der Staat Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht selbst festsetzen, sondern dies den vorhandenen Vertragsparteien überlassen. Die AfD fordert deshalb eine umfassende Reform des derzeitigen Mindestlohngesetzes und spricht sich für einen sofortigen Abbau der Verwaltungsbürokratie beim Mindestlohnverfahren aus.

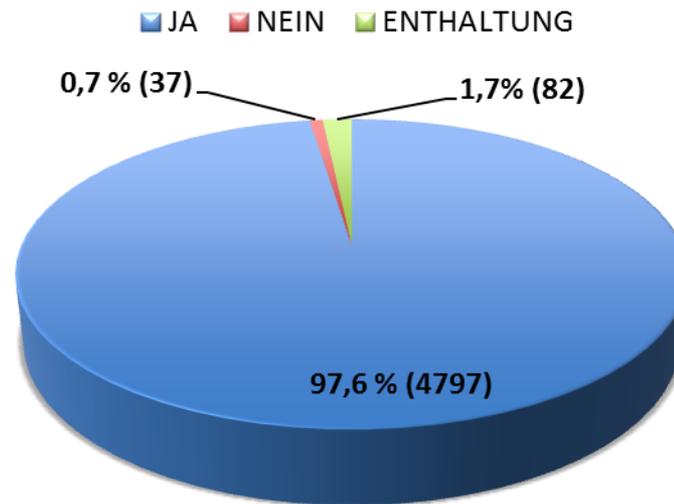
Option 3: Der gesetzliche Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohneempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer. Er schützt sie auch vor dem durch die derzeitige Massenmigration zu erwartenden Lohndruck. Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn auch bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten. Die Alternative für Deutschland befürwortet es daher, den gesetzlichen Mindestlohn beizubehalten.



Themenbereich: Freiheit und Recht in Sicherheit – Inneres und Rechtspolitik

Frage 15:

Soll der Themenkomplex Freiheit und Recht in Sicherheit – Inneres und Rechtspolitik - in das künftige Parteiprogramm mit aufgenommen werden?



Themenbereich: Freiheit und Recht in Sicherheit – Inneres und Rechtspolitik

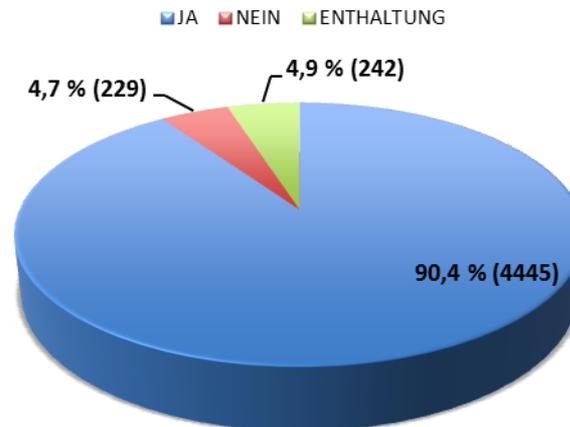
Frage 16: Bürgerrechte - Freiheiten sichern

Die AfD sieht den Menschen als mündig zur Freiheit an, fähig Verantwortung für sich und die seinen zu tragen. Der Mensch ist daher in seiner Beziehung zum Staat Bürger, nicht Untertan. Die Tendenzen, den Bürger als Objekt zu betrachten, halten wir für gefährlich. Bürgerliche Freiheitsrechte wollen wir mehr als andere und prinzipiell achten und wieder in den Vordergrund stellen.

Gefahren für bürgerliche Freiheiten sehen wir vor allem dadurch, dass sich polizeiliche Eingriffe nicht mehr auf die Verfolgung von Straftaten konzentrieren, sondern zunehmend in den präventiven Bereich verlagert werden. Beispiele hierfür sind Vorratsdaten- und Fluggastdatenspeicherung.

Das sind weitere Schritte zu einer Rundum-Überwachung des Bürgers. Wir sind der Ansicht, dass mit diesen vorbeugenden Maßnahmen in erster Linie die bekannten Schwächen der Strafverfolgung und der Strafjustiz ausgeglichen werden sollen. Besser als ein Mehr an Überwachung wäre eine Reform der Strafjustiz bei Stärkung der Polizei, damit begangene Straftaten aufgedeckt und Straftäter tatsächlich verfolgt und bestraft werden können.

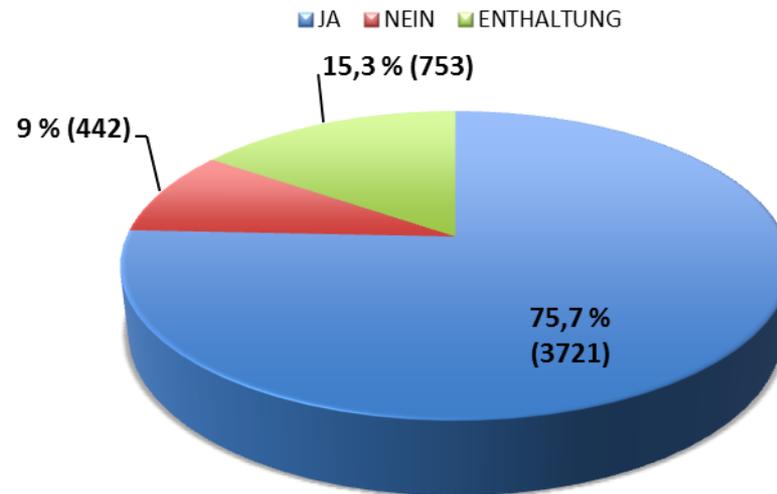
Wir halten daher Einschränkungen der Freiheitsrechte unbescholtener Bürger für kritisch. Den Grundrechten als markante Umschreibung des bürgerlichen Freiheitsbereichs wollen wir ihre Abwehrfunktion wiedergeben. Insbesondere die informationelle Selbstbestimmung, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung sowie auch das Post- und Fernmeldegeheimnis verdienen als Kern der bürgerlichen Freiheitsrechte unser aller Respekt.



Themenbereich: Freiheit und Recht in Sicherheit – Inneres und Rechtspolitik

Frage 17: Eherecht - Schuld- oder Zerrüttungsprinzip

Schwerwiegendes Fehlverhalten, welches sich gegen die eheliche Solidarität richtet, muss bei den Scheidungsfolgen berücksichtigt werden.

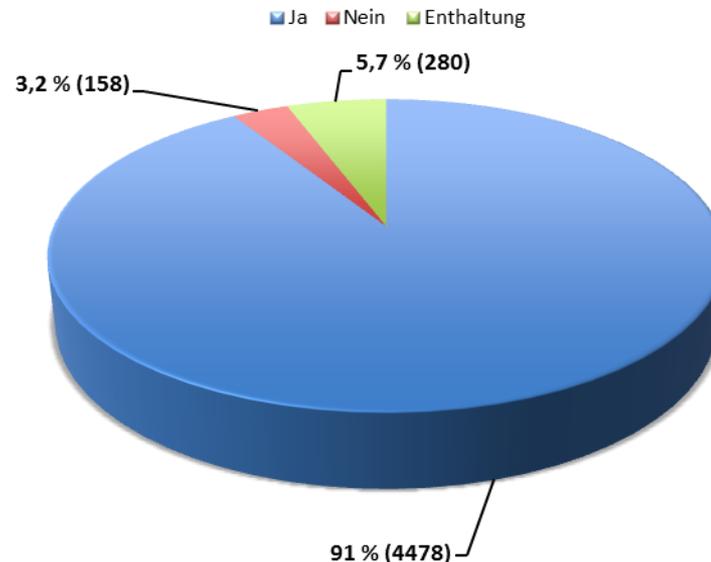


Themenbereich: Freiheit und Recht in Sicherheit – Inneres und Rechtspolitik

Frage 18: Schmerzensgeld

Bei mutwillig oder fahrlässig verursachten Körperverletzungen durch Straftaten oder Unfälle sieht die deutsche Gesetzgebung nur geringe Schmerzensgelder vor, und es ist schwer adäquaten Schadenersatz zu bekommen. So kann man z.B. für einen verlorenen Arm mit 3000 Euro Schmerzensgeld abgespeist werden.

Die AfD setzt sich deshalb dafür ein, dass das Straf- und Zivilrecht so angepasst wird, dass adäquate Schmerzensgelder gezahlt werden und der Schadenersatz erleichtert wird.



Themenbereich: Freiheit und Recht in Sicherheit – Inneres und Rechtspolitik

Frage 19: Schutz ungeborenen Lebens

Option 1: Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Un- und Neugeborene ein.

In Deutschland kommen auf rund 700.000 Lebendgeburten pro Jahr ca. 100.000 Schwangerschaftsabbrüche. Dabei liegt nur bei 3-4% eine medizinische oder kriminologische Indikation vor, in allen anderen Fällen wird der Schwangeren nach einer Beratung eine Bescheinigung ausgestellt, die ihr eine straffreie Abtreibung aus „sozialen Gründen“ ermöglicht. Ein Schwangerschaftsabbruch stellt eine einschneidende Erfahrung für die Betroffenen dar und kann zu langanhaltenden Schuldgefühlen, psychosomatischen Beschwerden oder depressiven Reaktionen führen.

Die Alternative für Deutschland steht für eine Kultur des Lebens und ist in Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits beim Embryo beginnt. Wir fordern daher, dass bei der Schwangerenkonfliktberatung das vorrangige Ziel der Beratung der Schutz des ungeborenen Lebens ist. Werdenden Eltern in Not müssen umfangreiche finanzielle und andere Hilfen vor und nach der Entbindung angeboten werden, damit sie sich für ihr Kind entscheiden können.

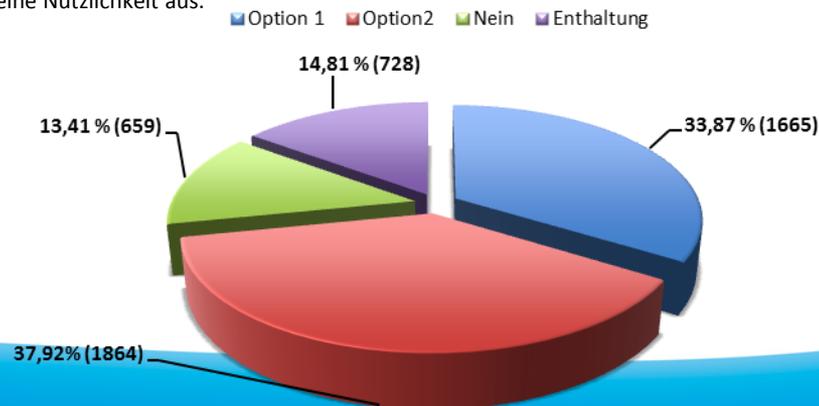
Die Alternative für Deutschland wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.

Option 2: Kultur des Lebens

Jeder Mensch besitzt in seiner unantastbaren Würde von der Zeugung bis zum natürlichen Tod ein Grundrecht auf Leben. Dieses Recht zu schützen und zu fördern ist eine unabdingbare Pflicht von Staat und Gesellschaft. Die Alternative für Deutschland tritt als Rechtsstaatspartei mit christlichem Menschenbild für die Achtung der Grundrechte des Menschen in allen Entwicklungsphasen ein. Auch dem noch ungeborenen Menschen als schwächstem Glied der Gesellschaft kommen diese Rechte zu.

Wir fordern, dass die Ziele in der Praxis der Schwangerschaftskonfliktberatung entsprechend den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1993 zu den §§ 218ff StGB der Lebensschutz des Ungeborenen sowie Hilfe für Schwangere statt Abtreibung sind. Die AfD schließt sich der weiteren Forderung des Bundesverfassungsgerichtes an, bei nicht signifikant sinkender Zahl der Schwangerschaftsabbrüche eine Gesetzeskorrektur zum besseren Schutz des Ungeborenen vorzunehmen. Die AfD wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, sie staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem „Menschenrecht“ zu erklären. Schwangeren in Not müssen konkrete Hilfen angeboten werden. Über häufige Abtreibungsfolgen für die betroffenen Mütter, zum Beispiel psychosomatische Störungen oder Depressionen, ist Aufklärung der Bevölkerung notwendig.

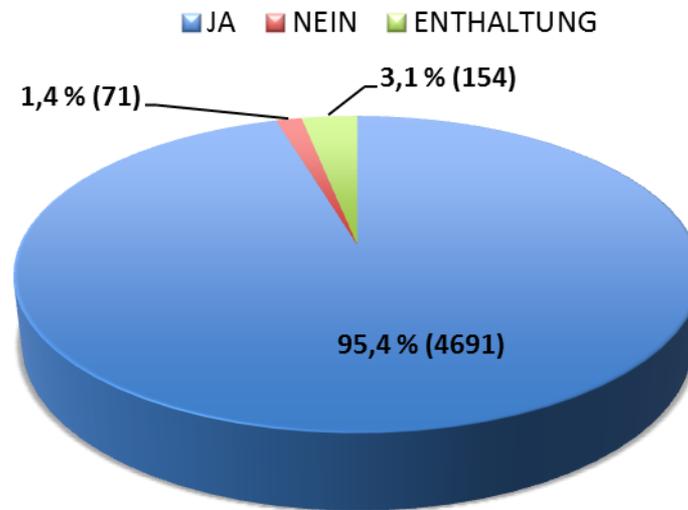
Schulische Lehrpläne müssen sowohl den verantwortlichen Umgang mit Sexualität als auch die Entwicklung des Kindes im Mutterleib und seine ethische, biologische und rechtliche Stellung als Mensch ab der Verschmelzung von Ei und Samenzelle thematisieren. Für die AfD ist menschliches Leben nicht verhandelbar. Sein Wert schließt Erwägungen im Hinblick auf seine Nützlichkeit aus.



Themenbereich: Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik

Frage 20:

Soll der Themenkomplex Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik in das künftige Parteiprogramm aufgenommen werden?

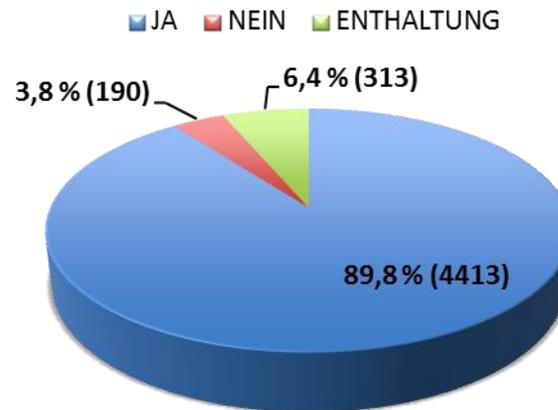


Themenbereich: Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik

Frage 21: These: Die AfD fordert die Abschaffung des Bachelor/Master-Systems und die Rückkehr zum Diplom.

Der Bologna-Prozess hat zu einer Verschulung und Bürokratisierung des Studiums geführt. Arbeitgeber bemängeln unzureichende Kenntnisse der Bachelor-Absolventen.

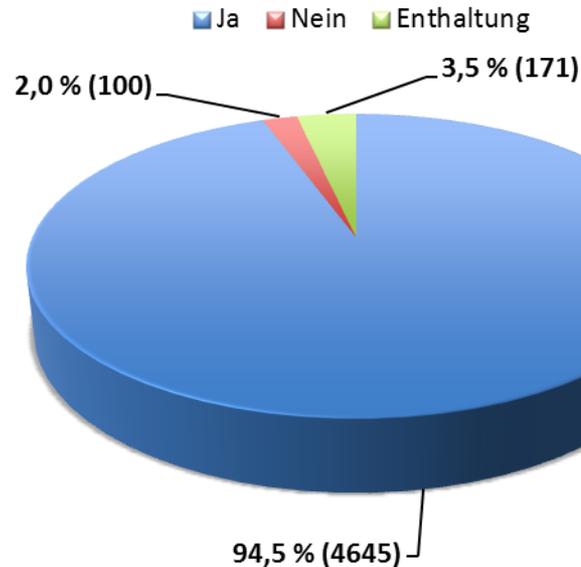
Wir fordern daher die Rückkehr zu den Studienabschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen. Planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und Frauenanteil lehnen wir ab.



Themenbereich: Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik

Frage 22: Dreigliedriges Schulsystem erhalten, Bildungsinflation beenden

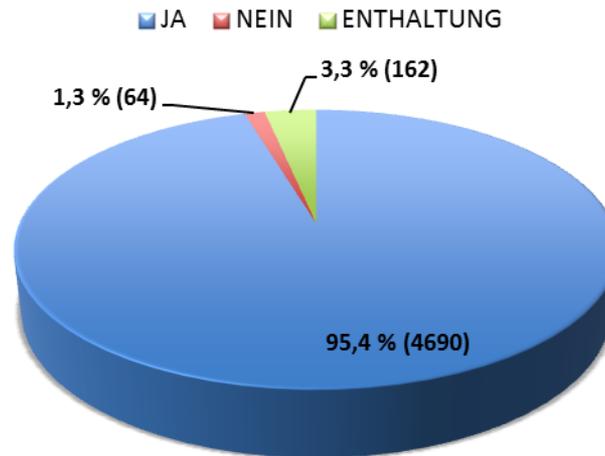
Ständig sinkende Anforderungen haben dazu geführt, dass Schüler nicht mehr die Kenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden. Die Bildungsstandards in allen drei Schulformen müssen sich an den höchsten in Deutschland ausrichten. Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen allein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Die Länder besitzen eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9. Das Abitur muss wieder eine Hochschulreifeprüfung werden.



Themenbereich: Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik

Frage 23: Erhalt des bewährten Förderschulsystems

Geistig Behinderte, Lernbehinderte oder stark Verhaltensauffällige sollen wie bisher in Förder- und Sonderschulen unterrichtet werden.

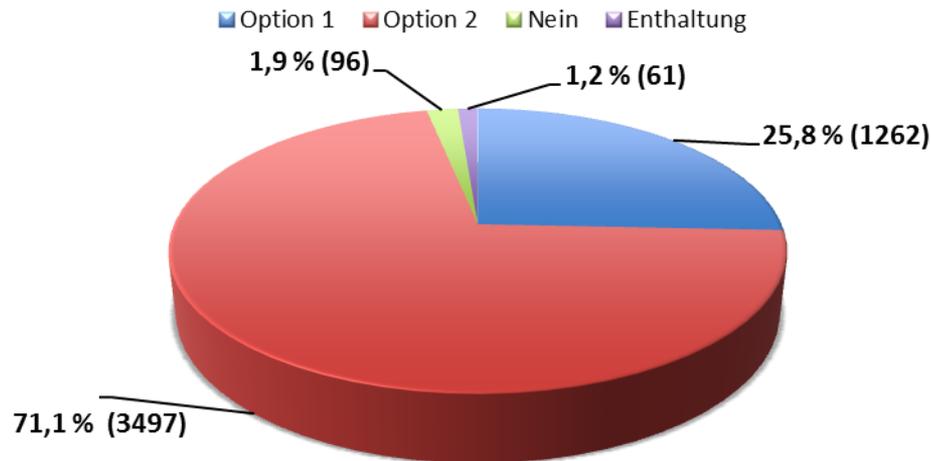


Themenbereich: Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik

Frage 24: Kein Islamunterricht an Schulen, keine Sonderrechte für Moslems

Option 1: Zentrale Inhalte des Islam sind mit unserer Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Anstelle eines Islamunterrichts fordern wir eine Islamkunde, die in einen Ethikunterricht integriert ist. Wir lehnen Sonderrechte für muslimische Schüler ab und fordern die Teilnahme am Sportunterricht und an Klassenfahrten ohne Ausnahme.

Option 2: Zentrale Inhalte des Islam sind mit unserer Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Anstelle eines Islamunterrichts fordern wir eine Islamkunde, die in einen Ethikunterricht integriert ist. Wir lehnen Sonderrechte für muslimische Schüler ab und fordern die Teilnahme am Sportunterricht und an Klassenfahrten ohne Ausnahme. Wegen der Gefahr einer radikalen Indoktrination fordern wir, Koranschulen zu schließen



Themenbereich: Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik

Frage 25: öffentlich-rechtlicher Rundfunk/GEZ

Option 1:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss seinen Informations- und Bildungsauftrag erfüllen. Die AfD fordert die parteipolitische Neutralität und Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Programme, Finanzierung, Organisation und die Kontrolle durch Rundfunk- und Fernsehräte sind grundlegend zu reformieren. Entscheidungsprozesse sind transparent zu gestalten.

Für die AfD ist nicht akzeptabel, dass die Gebührenzahler zwar die Kosten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk tragen müssen, aber keine Mitsprache bei Personalbesetzung, Finanzausstattung und Programmgestaltung haben. Die AfD will den Bürgern mehr direkte Mitspracherechte geben. Deshalb sprechen wir uns für die Direktwahl der Intendanten durch die Gebührenzahler aus. Auf diese Weise sollen auch Quereinsteiger eine Chance haben, mit ihren Ideen frischen Wind in die Rundfunkanstalten zu bringen.

Auch die Mitglieder der Rundfunk-, Fernseh-, und Hörfunkräte sollen durch Wahl der Gebührenzahler bestimmt werden. Die bisherige Praxis, diesen aus gesellschaftlichen Gruppierungen zu besetzen, fördert den Parteienfilz und die Staatsnähe. Dem wollen wir durch die transparente Wahl der Mitglieder ein Ende setzen. Wie für das Amt des Intendanten soll für die Mitgliedschaft im Rundfunkrat jeder wahlberechtigte Bürger kandidieren dürfen. Neben diesen repräsentativen Organen sollen die Bürger direktdemokratisch an der Programmgestaltung und der Finanzierung beteiligt werden.

Die Etats der Rundfunkanstalten sollen in Form von Bürgerhaushalten verwaltet werden, auf die die Bürger durch Initiativen und Abstimmungen direkten Einfluss auf die Verteilung der Mittel ausüben können. Dazu gehört auch die Einbeziehung der Bürger in die Programmgestaltung. Die Programmplanung für das jeweils kommende Jahr muss frühzeitig vorgelegt werden, so dass die gebührendzahlenden Bürger durch Initiativen und eigene Vorschläge sich an der Programmgestaltung beteiligen können. Die Bürger sollen durch Initiativen Formate abwählen können und neue Formate beschließen, Sendezeiten verändern und Sparvorschläge vorlegen können. Damit wird der Verschwendung und allzu oft anzutreffenden Vetternwirtschaft in diesem Bereich ein Riegel vorgeschoben. Ebenso sollen die gebührendzahlenden Bürger Gebührenerhöhungen ablehnen und Gebührensenkungen beschließen können. Dieser Prozess kann durch Online-Abstimmungen im Sinne der Netzdemokratie vereinfacht und kostensparend organisiert werden. Durch die Demokratisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird Transparenz geschaffen und Partizipation garantiert und der Arroganz der Meinungsmacher durch ein echtes Bürgerfernsehen ersetzt.

Die Filmförderung muss unabhängig sein. Eine Einflussnahme durch die Politik auf die Inhalte darf es nicht geben. Eine Doppelfinanzierung von öffentlich-rechtlichen Anstalten aus Staats- und damit Steuergeldern darf es nicht geben.

Themenbereich: Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik

Frage 25: öffentlich-rechtlicher Rundfunk/GEZ

Option 2 :

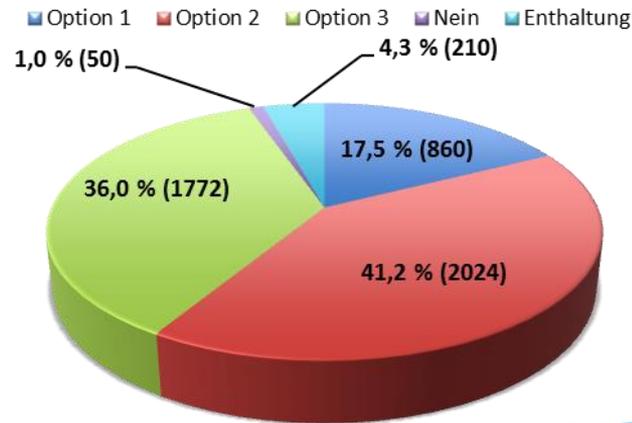
Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten werden privatisiert. Sie finanzieren sich von 2018 an selbst. Der Beitragsservice wird ersatzlos abgeschafft. Die staatliche Informationsversorgung wird durch einen steuerfinanzierten Rundfunk mit zwei Rundfunksendern und zwei Fernsehsendern geleistet

Option 3 :

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss seinen Informations- und Bildungsauftrag erfüllen. Die AfD fordert die parteipolitische Neutralität und Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Programme, Finanzierung, Organisation und die Kontrolle durch Rundfunk- und Fernsehrate sind grundlegend zu reformieren. Entscheidungsprozesse sind transparent zu gestalten. Eine Kündigung der Staatsverträge, mit denen die Landesregierungen Finanzen und die Kontrolle des Rundfunks regeln, kann ein erster Schritt zur Reform sein.

Die AfD lehnt den geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag in der jetzigen Form und Höhe ab. Die AfD lehnt auch eine zusätzliche Finanzierung durch Werbeeinnahmen ab. Der Rundfunkbeitrag wird gedeckelt. Die Zahl der öffentlich-rechtlichen TV- und Rundfunkprogramme muss deutlich verringert werden, auch, um die Entwicklung einer leistungsfähigen privaten Medienlandschaft nicht durch unfaire Konkurrenz zu behindern. Einmal ausgestrahlte Sendungen müssen vollständig, unverändert und unbegrenzt in den Mediatheken der Sender abrufbar sein (soweit nicht Urheber- und Persönlichkeitsrechte dem entgegenstehen).

Die Filmförderung muss unabhängig sein. Eine Einflussnahme durch die Politik auf die Inhalte darf es nicht geben. Eine Doppelfinanzierung von öffentlich-rechtlichen Anstalten aus Staats- und damit Steuergeldern darf es nicht geben.



Themenbereich: Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Kultur- und Medienpolitik

Frage 26: Einzigartige Theater- und Museumslandschaft Deutschlands auf hohem Niveau erhalten

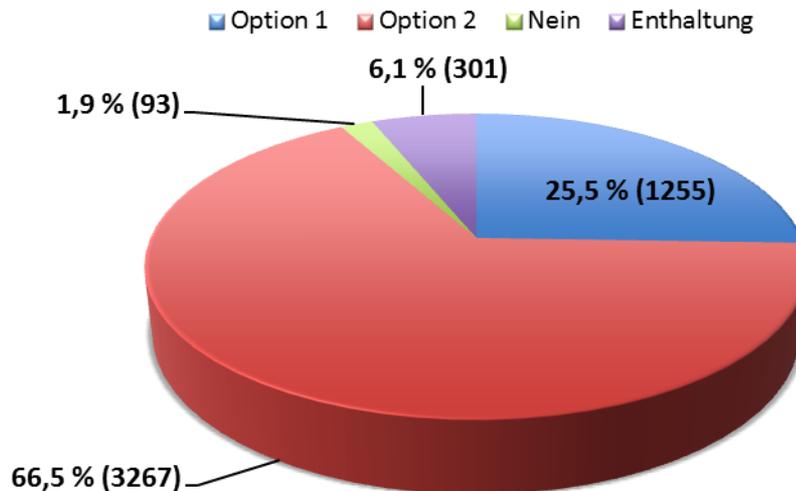
Kulturpolitik im engeren Sinn soll nach Ansicht der AfD weiterhin im Kompetenzbereich der Länder verbleiben.

Option 1:

Staatliche Subventionen für Kulturbetriebe sind grundsätzlich abzuschaffen. Sie werden häufig missbräuchlich im Dienste der "political correctness" eingesetzt. Private Förderung und Mäzenatentum sind ausreichend.

Option 2:

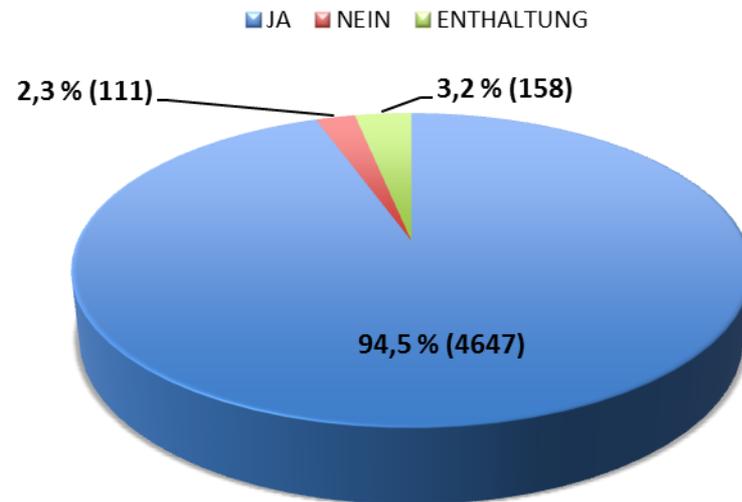
Wir halten ein gewisses Maß an staatlichen Kultursubventionen für unumgänglich, die jedoch an die selbst erwirtschafteten Einnahmen der Kulturbetriebe zu koppeln sind.



Themenbereich: Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Netzpolitik

Frage 27:

Soll der Themenkomplex Umwelt, Landwirtschaft, Tier-und Naturschutz, Verbraucherschutz, Datenschutz und Netzpolitik in das künftige Parteiprogramm mit aufgenommen werden?



Themenbereich: Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Netzpolitik

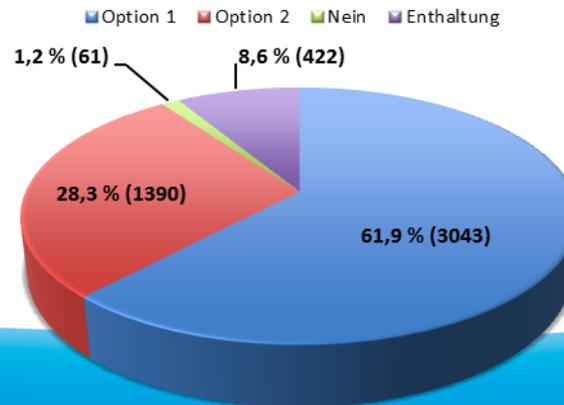
Frage 28 : Für eine umwelt- und marktgerechte Landwirtschaft ohne Abhängigkeit von der EU

Option 1: Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion dienen und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden. So lehnen wir jegliche Form der Bodenspekulation durch international tätige Konzerne und den vermehrten Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung ab.

Die AfD ist davon überzeugt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht zu produzieren. Anzustreben ist eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie marktgerechte Preise von landwirtschaftlichen Produkten. Dies kann mit unterschiedlichen landwirtschaftlichen Betriebsformen erreicht werden. Die AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische Landwirtschaft verbessern. Die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie bürokratische Überreglementierungen sind Schritt für Schritt zurückzufahren. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden.

Option 2: Die AfD unterstützt die nachhaltige, regionale Landwirtschaft und Fischerei. Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. In der Konkurrenz zu Weltmarktangeboten stehen wir für den Ausbau regionaler Versorgung. Wir setzen uns dafür ein, die weltweiten Standards im Tier-, Umweltschutz sowie im Sozialen anzuheben. Höhere Standards verdienen Honorierung - wie auch immer der Verbraucher das würdigt.

Die vielen Irrtümer der Agrarpolitik der letzten 60 Jahre (negative Folgen des Subventionswettkampfs, EU-Regelungswut, Lenkungsnormen, Konzentrationsprozesse, Bauernsterben) machen eine grundlegende Diskussion über die zukünftige Agrarpolitik, insbesondere die Diskussion der Rechtsfolgenabschätzung, notwendig. Die AfD setzt sich für eine ideologiefreie Neubestimmung ein. Dabei setzen wir die Interessen der Allgemeinheit vor die Partikularinteressen.

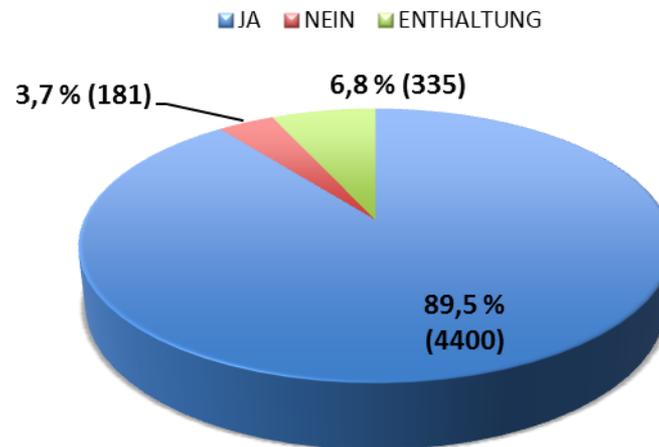


Themenbereich: Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Netzpolitik

Frage 29 : Umwelt- und Naturschutz nur mit dem Menschen, nicht gegen ihn

Die AfD steht für einen Umwelt- und Naturschutz, der den Menschen nicht als Fremdkörper und Störenfried betrachtet, sondern in ein umfassendes Handlungskonzept einbezieht. Wir lassen uns dabei von der Erkenntnis leiten, dass eine gesunde und artenreiche Umwelt die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt. Daher sind Vorkehrungen zu treffen, damit die Schutzgüter, wie Boden, Wasser, Luft, Landschaft, Tiere und Pflanzen, nicht überbeansprucht werden. Schwerpunkte der Umweltpolitik der AfD sind deshalb u.a. Landschaftsverbrauch zu vermindern, die Schadstoffeinträge in Böden und Gewässer zu verringern, die Luftqualität zu verbessern. Auch ein effektiver Lärmschutz gehört dazu. Zum Schutz der Landschaft lehnen wir den weiteren Ausbau der Windenergie ab. Wir setzen uns für den im Grundgesetz verankerten Tierschutz ein und folglich für alle artgerechten Formen der Tierhaltung, sei es in der Landwirtschaft, bei Hobbytierhaltungen oder in Zoo und Zirkus.

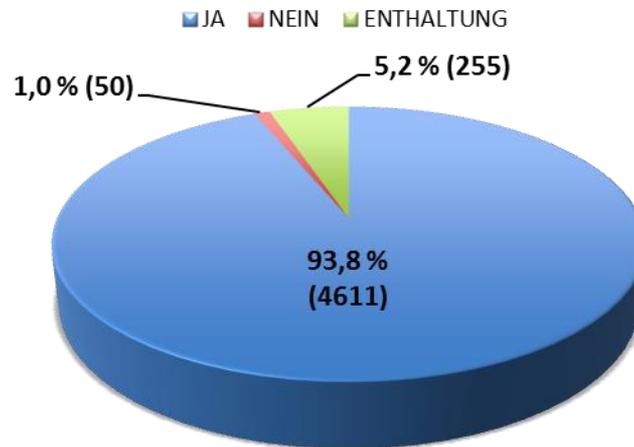
Der Einsatz von Antibiotika ist in Anbetracht der zunehmenden Ausbreitung multiresistenter Keime zu minimieren. Um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu erhöhen, sind tierhaltende Betriebe der Lebensmittelproduktion, die Antibiotika einsetzen, dafür verantwortlich, dass die Tiere frei von Antibiotika-Resistenzen sind, bevor die Produkte in die Lebensmittelweiterverarbeitung gelangen.



Themenbereich: Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Netzpolitik

Frage 30 : Ländlicher Raum

Die Politik der AfD zielt darauf ab, die ländlichen Regionen zu stärken. Anzustreben ist nicht ein universelles Leitbild für die in Deutschland sehr unterschiedlichen ländlichen Räume, sondern individuelle Entwicklungspfade anhand der spezifischen Potentiale einzelner Regionen zuzulassen. Zu einem lebenswerten ländlichen Raum zählen für die AfD eine intakte bäuerliche Landwirtschaft, eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft und eine ausreichende Infrastruktur mit allen für die Daseinsvorsorge notwendigen Einrichtungen wie Schulen, medizinische Versorgung und Breitband-Kommunikation. Vor allem jungen Familien soll im ländlichen Raum wieder eine Perspektive gegeben werden. Das grundgesetzlich verankerte Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der Kommunen soll wiederbelebt werden. Um die kommunale Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen ist die Benachteiligung der ländlichen Gemeinden bei der Finanzverteilung zu beenden.

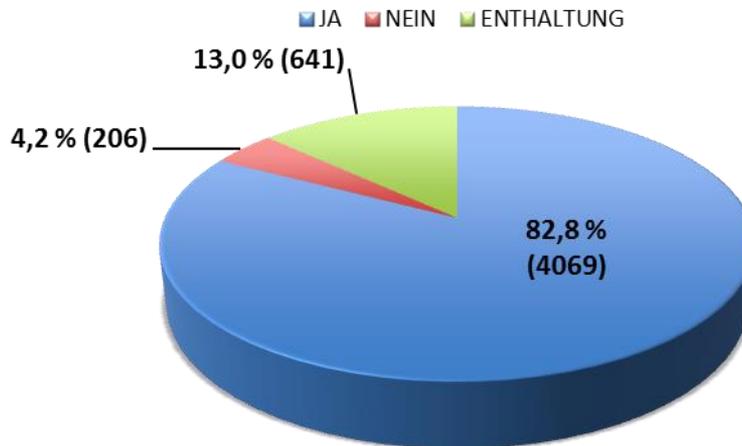


Themenbereich: Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Netzpolitik

Frage 31 : Digital-Ökonomie

Die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen in diesem Land arbeitet mit sensiblen Daten unserer Bevölkerung. Dies findet in der Regel mittels Computern statt, die mit Betriebssystemen ausländischer Hersteller betrieben werden. Für Sicherheitsaktualisierungen können diese Hersteller jederzeit auf diese Computer zugreifen. Diese Zugriffsmöglichkeiten können auch durch Cyber-Kriminelle oder Geheimdienste ausgenutzt werden. Jährlich findet Industriespionage statt, deren Kosten auf einen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt werden.

Die AfD fordert deshalb nicht nur für die öffentliche Verwaltung in Deutschland den Einsatz von Betriebssystemen und Programmen, die über quelloffene Software erstellt wurden und die im Vorfeld überprüft werden konnten, ob unautorisierte Zugriffe möglich sind. Im gesamten öffentlichen Dienst eingesetzte Hardware ist zumindest stichprobenweise auf Manipulationen zu prüfen, um ungewolltes Ausleiten von Informationen zu unterbinden. Alle Produkte sind auch als Konsumprodukte für den privaten oder kommerziellen Zweck zu erwerben.



Themenbereich: Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Netzpolitik

Frage 32: Gentechnik-Gesetzgebung

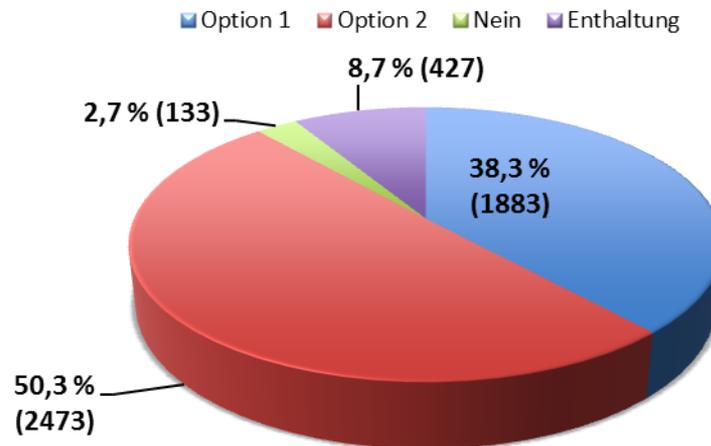
Das Genom ist der Bauplan des Lebens, die Gene tragen wie Worte die einzelnen Informationen, und die Basenpaare stellen die Buchstaben des Lebens dar.

Option 1:

Die AfD setzt sich dafür ein, dass sich die Gentechnik-Gesetzgebung an internationalen Standards orientiert und wissenschafts- und wirtschaftsfeindliche Alleingänge unterlässt.

Option 2:

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Gentechnik-Gesetzgebung streng reglementiert.



Themenbereich: Umwelt, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Netzpolitik

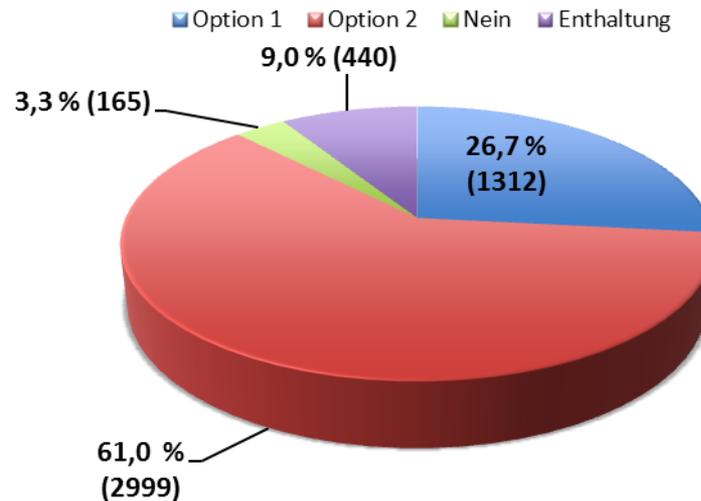
Frage 33 : Grüne Gentechnik

Option 1:

Die AfD setzt sich dafür ein, die Diskussion um grüne Gentechnik zu versachlichen sowie zu rationaler Bewertung von Nutzen und Risiken zurückzukehren. Zudem befürwortet sie, dass gentechnisch modifizierte Pflanzenprodukte auch einen Platz in der landwirtschaftlichen Produktion haben.

Option 2:

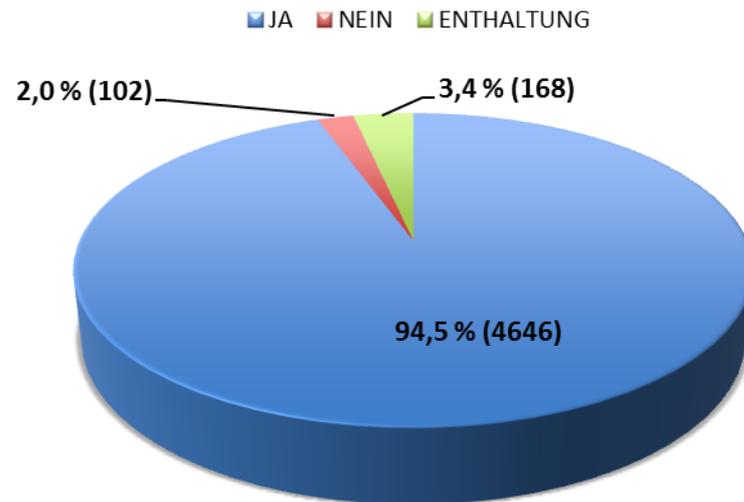
Da die Verwertung gentechnisch veränderter Pflanzen als Nahrung für Mensch oder Tier in Politik und Medien auf breite Ablehnung trifft, positioniert sich die AfD ebenso.



Themenbereich: Gesundheitspolitik

Frage 34:

Soll der Themenkomplex der Gesundheitspolitik in das künftige Parteiprogramm mit aufgenommen werden?



Themenbereich: Gesundheitspolitik

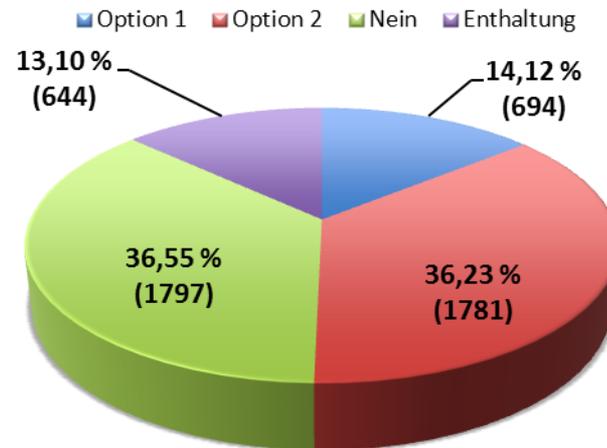
Frage 35: Gesundheitssystem mit Kostenbewusstsein

Das Gesundheitssystem und seine Finanzierung stehen wegen des demografischen Wandels vor größten Herausforderungen. Es ist dringend notwendig, dass es effizienter wird.

Ein Weg hierzu ist, für den Versicherten einen stärkeren Anreiz zu schaffen seine Gesundheit zu pflegen und das Gesundheitssystem mit Kostenbewusstsein in Anspruch zu nehmen.

Option 1: Jeder Patient sollte die Arztrechnungen erhalten und sozial gestaffelt an seinen Behandlungskosten mit einem Betrag beteiligt werden, der größer ist als die damalige Praxisgebühr (10 Euro je Quartal).

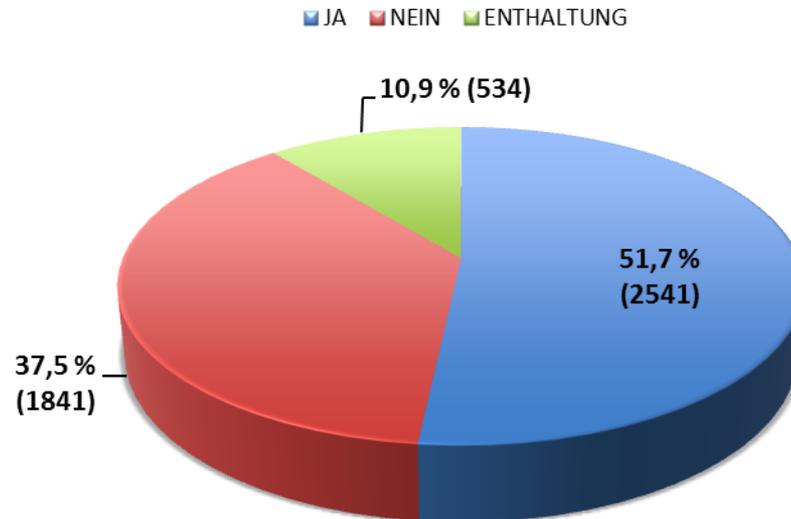
Option 2: Jeder Patient sollte die Arztrechnungen erhalten und sozial gestaffelt an seinen Behandlungskosten mit einem Betrag beteiligt werden, der größer ist als die damalige Praxisgebühr (10 Euro je Quartal). Patienten sollte als Ausgleich mehr Freiheit bei der Wahl von Therapie und Therapeut gegeben werden.



Themenbereich: Gesundheitspolitik

Frage 36 : Versicherungssystem beibehalten?

Soll das Versicherungssystem bestehend aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung beibehalten werden?



Themenbereich: Gesundheitspolitik

Frage 37 : Grundlagen Krankenversicherung

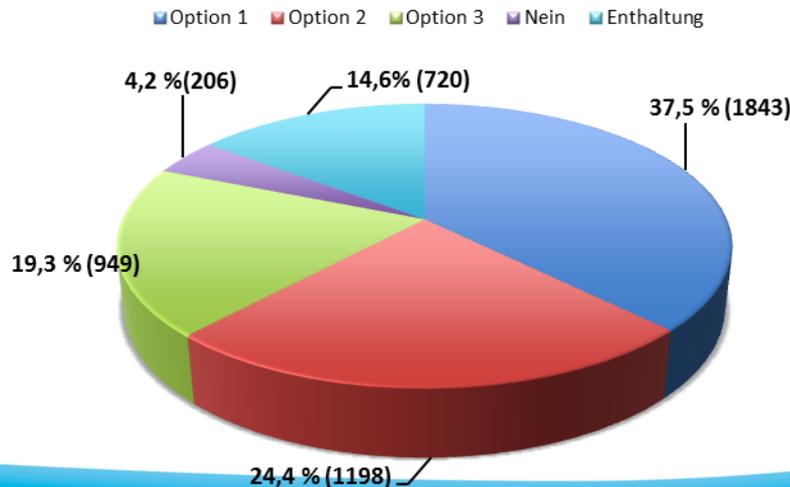
Sozialausgleich:

Das Krankenversicherungssystem der Bundesrepublik wird durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert. Kosten für Bedürftige werden zum Teil mitgetragen, zum Teil, wie auch für die Beamtenschaft, vom Steuerzahler finanziert. In und mit den Gesetzlichen Krankenkassen findet ein massiver Sozialausgleich statt, und erst von einer bestimmten Bemessungsgrenze an kann ein Versicherter in die private Krankenversicherung wechseln.

Option 1: Die AfD setzt sich dafür ein, eine Basisversorgung durch eine allgemeine Krankenkasse einzuführen und dabei den Sozialausgleich abzuschaffen, so dass alle Bürger dieselbe Prämie zahlen müssen. Kindern und Bedürftigen wird die Prämie über Steuermittel finanziert. Private Krankenkassen stehen im Wettbewerb um Zusatzversicherungen.

Option 2: Die AfD setzt sich für die freie Wahl der Krankenkasse ohne Bemessungsgrenze und Sozialausgleich ein. Bedürftigen wird eine Basisversorgung aus Steuermitteln finanziert.

Option 3: Die AfD setzt sich dafür ein, das bisherige System beizubehalten - mit beschränkter Krankenkassenwahl und einem Sozialausgleich über die Beiträge.



Themenbereich: Gesundheitspolitik

Frage 38 : Grundlagen Krankenversicherung

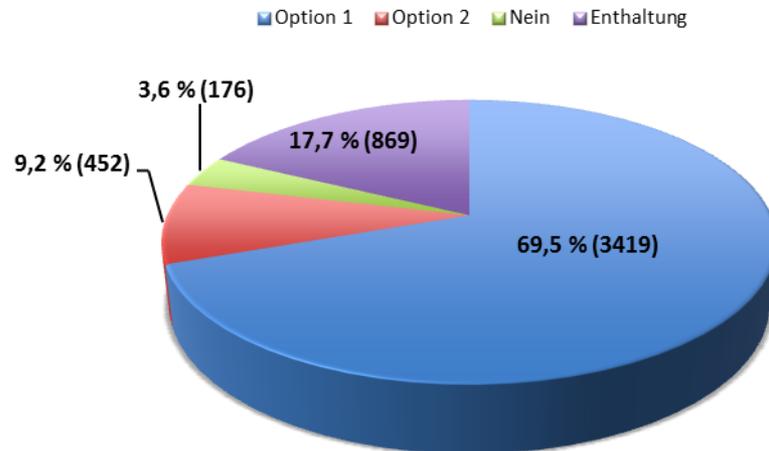
Therapiefreiheit: Bei der Wahl der Behandlung besteht für den Patienten kaum Entscheidungsspielraum, Grundlage sind Kassenzugehörigkeit und Fallpauschalen. Zwischen den rund 280 gesetzlichen Krankenkassen besteht ebenso kein wirklicher Wettbewerb wie zwischen den privaten und gesetzlichen Krankenkassen.

Option 1:

Die AfD setzt sich für die freie Wahlmöglichkeit aus evidenzbasierten Behandlungsmethoden ein. Die wissenschaftliche Untersuchung und Etablierung neuer und alternativer Verfahren wird ausgebaut.

Option 2:

Die AfD setzt sich dafür ein, die Therapiewahl über Kassenzugehörigkeit und Fallpauschalen beizubehalten.



Themenbereich: Gesundheitspolitik

Frage 39: Selbstbeteiligung

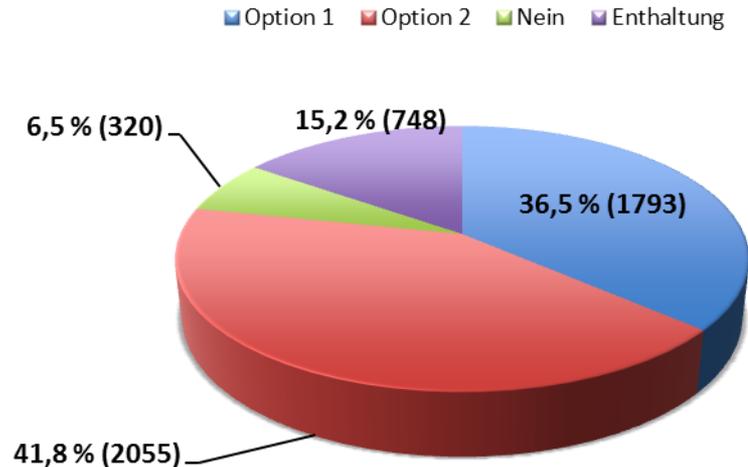
Bei der medizinischen Behandlung haben die Patienten auf die Therapiewahl und die Behandlungskosten kaum Einfluss. Deshalb wählen die Mediziner oft die teuersten Behandlungsmethoden. Da die Krankenkassen meist die vollen Behandlungskosten übernehmen, fehlt den Patienten das Interesse daran, die Kosten abzuwägen.

Option 1:

Die AfD setzt sich für eine nicht unwesentliche Selbstbeteiligung an allen Behandlungskosten ein und für volle Kostentransparenz bei allen behandelnden Personen.

Option 2:

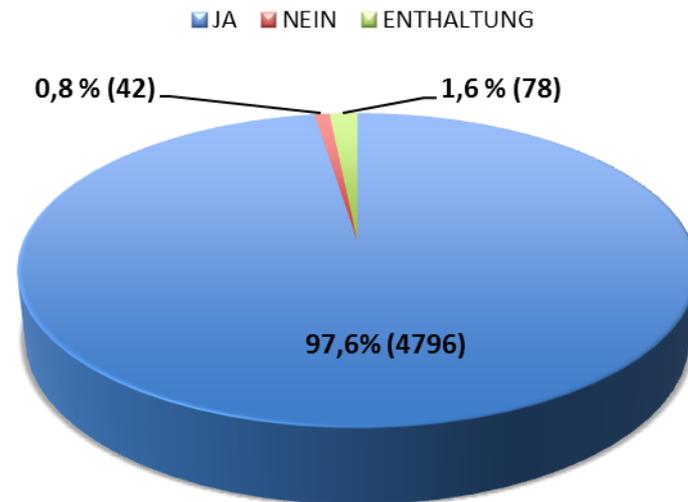
Die AfD setzt sich dafür ein, die direkte Abrechnung und volle Kostenübernahme durch die Krankenkassen beizubehalten.



Themenbereich: Grundwerte, Demokratie und Europa

Frage 40:

Soll der Themenkomplex Grundwerte, Demokratie und Europa in das künftige Parteiprogramm mit aufgenommen werden?



Themenbereich: Grundwerte, Demokratie und Europa

Frage 41 : Die EU als ein Europa der Vaterländer -

Die Staaten Europas haben mit dem Vertrag von Maastricht 1991 und besonders mit dessen Veränderung in Lissabon 2008 den Versuch unternommen, die EU unumkehrbar zu einem Staat fortzuentwickeln. Die politische Führung der großen EU-Länder will dieses Projekt gegen den offenkundigen Mehrheitswillen der Völker in der EU auf Biegen und Brechen durchsetzen.

Dies läuft zwangsläufig darauf hinaus, dass die EU-Einzelstaaten mit den sie tragenden Völkern ihre nationale Souveränität verlieren. Nötig als stabiles Fundament einer friedlichen Weltordnung sind jedoch stabile demokratische Nationalstaaten. Internationale Organisationen ohne Staatscharakter, die auf freier Übereinkunft beruhen, können dabei hilfreich sein.

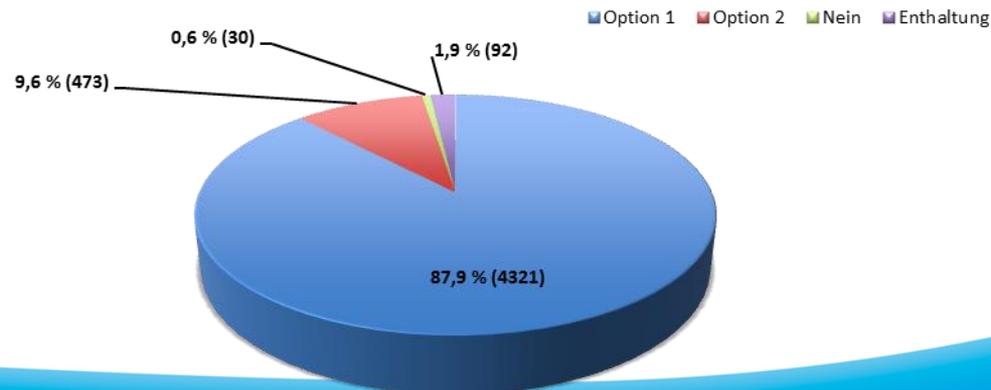
Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat im westlichen Europa über Jahrzehnte (1957 bis 1992) zu Frieden und Prosperität beigetragen. Die seit Maastricht zunehmende Zentralisierung von Hoheitsrechten und die Bestrebungen, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, sind jedoch irrational und nicht zukunftsfähig. Die Alternative für Deutschland lehnt diese Bestrebungen strikt ab. Die Organe der EU, vor allem der Ministerrat, die EU-Kommission und das Parlament sind unzureichend demokratisch legitimiert. Dieser systembedingte Mangel sowie die "Bürgerferne" der Amtsträger haben das Entstehen eines überbordenden Macht- und Verwaltungsapparates begünstigt.

Option 1:

Die EU als Gemeinschaft unabhängiger Staaten - Wir treten dafür ein, die Europäische Union zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.

Option 2:

Die EU als Staatenbund - Die Alternative für Deutschland bekennt sich uneingeschränkt zu einer EU als Staatenbund. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.



Themenbereich: Grundwerte, Demokratie und Europa

Frage 42 : Die Demokratie wiederbeleben - Mit Volksabstimmungen und –initiativen die Demokratie stärken –

Wir wollen die Demokratie und die demokratischen Bürgerrechte stärken. Wir wollen Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild einführen. In Artikel 20 Absatz 2 unseres Grundgesetzes heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Der Gedanke der direkten Demokratie ist also im Grundgesetz schon verankert. Wir wollen ihm - als Ergänzung zum parlamentarischen System - Geltung verschaffen. Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen (verkürzte Darstellung des BFA-Textes): Obligatorische (verpflichtende) Referenden bei irreversibel völkerrechtlich verbindlichen Entscheidungen.

Fakultative (freiwillige) Referenden mit der Möglichkeit (durch das Parlament verabschiedete) Gesetze durch das Volk zu ändern oder zu revidieren. Finanzreferenden: Abstimmungen der Stimmbürger bei Überschuldung und überhöhter Abgabenbelastung (Steuern, Gebühren, Beiträge) über die beschriebene Grenze hinaus (Halbteilungsgrundsatz).

Diese skizzierten Elemente der direkten Demokratie sind je nach Zuständigkeit auf Bundes-, Landes- und analog kommunaler Ebene einzuführen.

Option 1:

Volksabstimmungen können ohne Einschränkung zu jedem Thema stattfinden. Abstimmungsfragen finanzieller Natur sind ausdrücklich erlaubt.

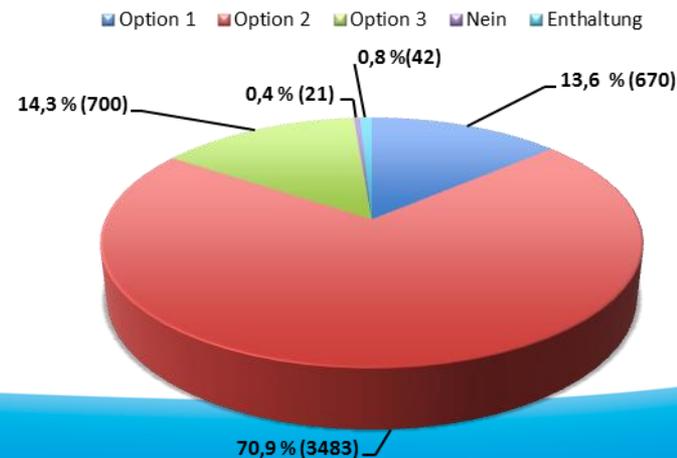
Option 2:

Volksabstimmungen können ohne Einschränkung zu jedem Thema stattfinden. Abstimmungsfragen finanzieller Natur sind ausdrücklich erlaubt.

Deutschland steht in einigen gesellschaftlichen Themen vor elementaren politischen Weichenstellungen. Die Verantwortung hierfür kann und darf keine Regierung ohne eine unmittelbare Befragung seiner Bürger tragen. Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.

Option 3:

Die AfD setzt sich für eine stärkere Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen ein.



Themenbereich: Grundwerte, Demokratie und Europa

Frage 43 : Mit der Gewaltenteilung ernstmachen

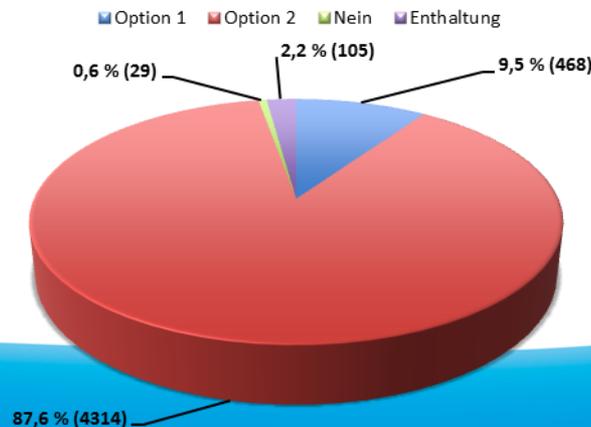
Der Staat Bundesrepublik Deutschland ist nach der deutschen Verfassungstradition von 1848, 1871 und 1919 als Rechtsstaat mit Gewaltenteilung angelegt. Diese staatstheoretische Grundlegung, die Merkmal jeder modernen Demokratie ist, ist durch zahlreiche einfachgesetzliche Regelungen erheblich beeinträchtigt.

Die Justiz muss politisch unabhängig sein. Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und Staatsanwälten zurückdrängen und verhindern. Auch wollen wir die Praxis ändern, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden und im Einzelfall dem Justizminister berichtspflichtig ist. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt muss durch eine Selbstverwaltung der Justiz ausgebaut werden, wie es in vielen anderen europäischen Ländern bereits üblich ist. Wir unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten.

Amt und Mandat sind voneinander zu trennen. Der schwerwiegendste Verstoß gegen die Gewaltenteilung findet derzeit dadurch statt, dass die Exekutive (vollziehende Gewalt) als Regierung nicht von der Legislative (gesetzgebende Gewalt, Parlament) personell getrennt ist. Die AfD will hier gegensteuern. Wer Parlamentarier ist, kann nicht Teil der Exekutive sein und umgekehrt. Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister sind ersatzlos abzuschaffen. Minister, Kanzler und Ministerpräsidenten können nicht zugleich Parlamentsmitglieder sein. Die Funktionen von „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung sind ebenfalls abzuschaffen, von Ministerialdirektoren bis hin zu Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu sein. Beamten- und Richterstellen sind nach Qualifikation und fachlicher Leistung zu besetzen (Artikel 33 Absatz 2 GG). Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet werden.

Option 1: Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und Staatsanwälten zurückdrängen und verhindern.

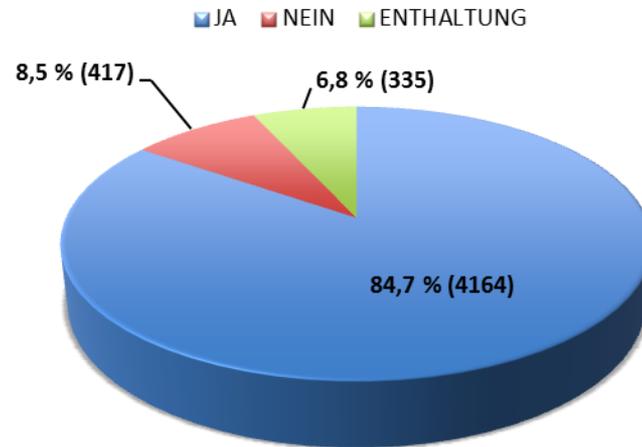
Option 2: Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und Staatsanwälten zurückdrängen und verhindern. Insbesondere die Verfassungsgerichte und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.



Themenbereich: Grundwerte, Demokratie und Europa

Frage 44 : Amtszeitbegrenzung

Wider dem Berufspolitikertum die Amtszeit für Mandate begrenzen. Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich herausgebildeten politischen Klasse vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und verwerflicher Lobbyismus sind die Folge. Die Amtszeitbegrenzung von Mandatsträgern kann dieser gesellschaftsschädigenden Entwicklung entgegenwirken und das Machtmonopol der Parteien beschneiden. So können wir unser Ideal des Bürgerabgeordneten wiederherstellen.



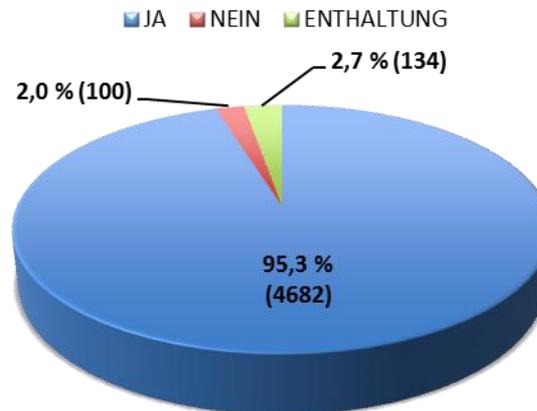
Themenbereich: Grundwerte, Demokratie und Europa

Frage 45 : Die Regeln für Nebentätigkeiten von Abgeordneten verschärfen -

Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden.

Die Nebentätigkeiten der Abgeordneten haben ein für unsere Demokratie bedrohliches Ausmaß angenommen. Der Umfang der Nebentätigkeiten vieler Abgeordneten führt zwangsläufig zu Abstrichen an ihrer parlamentarischen Aufgabenerledigung. Viele Abgeordnete nutzen ihr politisches Mandat, um sich lukrative Nebentätigkeiten zu beschaffen mit dem Ziel der persönlichen Bereicherung.

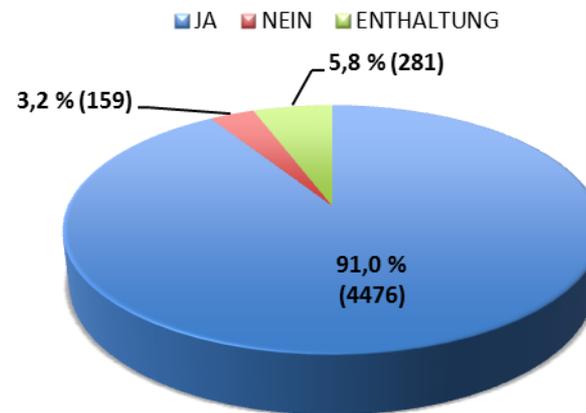
Der größte Schaden für unsere Demokratie jedoch entsteht dadurch, dass ein Großteil der Nebentätigkeiten im Dunstkreis des Lobbyismus oder gar der Korruption anzusiedeln ist. Aus guten demokratischen Gründen wollen wir die Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier und zur Abgeordnetenbestechung deutlich verschärfen. Abgeordnete dürfen ausschließlich eine früher ausgeübte Tätigkeit in angemessenem Umfang fortführen. Die AfD legt bereits heute im § 19 Absatz 2 der Satzung für Ihre eigenen Mitglieder strenge Regelungen fest. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien standhält. Das Ziel ist, den Lobbyismus zu kontrollieren, die Transparenz der Nebentätigkeiten herzustellen und die Arbeitsqualität des Parlaments zu sichern.



Themenbereich: Grundwerte, Demokratie und Europa

Frage 46: Grundwerte, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Bürgerliche Tugenden, Wertewandel, Patriotismus und Bewahrung der Schöpfung –

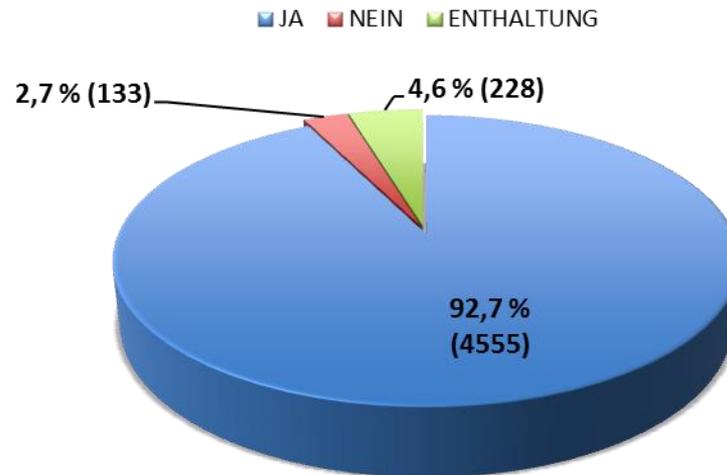
Vor dem Hintergrund dessen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt fragiler wird, plädieren wir dafür, die klassischen bürgerlichen Tugenden wie Fleiß, Achtung gegenüber dem Gesetz zu stärken, ebenso gegenseitige Nachbarschaftshilfe und die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement. Sie alle sind die Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben. Mit dem Stärken des Wertebewusstseins möchten wir dazu beitragen, einen geistigen Schutzraum für die familiären Bindungen und ein eigenverantwortliches Leben zu erhalten. Dazu gehören unseres Erachtens auch Chancen der Selbstversicherung durch religiöse Überzeugungen, Heimatliebe und Patriotismus. Sie stärken den Zusammenhalt unseres freiheitlichen Staates, der von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Wir bekennen uns darüber hinaus dazu, die natürlichen Lebensgrundlagen ebenso zu bewahren wie die gewachsene kulturelle Vielfalt unserer Lebensräume.



Themenbereich: Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

Frage 47:

Soll der Themenkomplex Energie, Klima, Technik und Infrastruktur in das künftige Parteiprogramm mit aufgenommen werden?

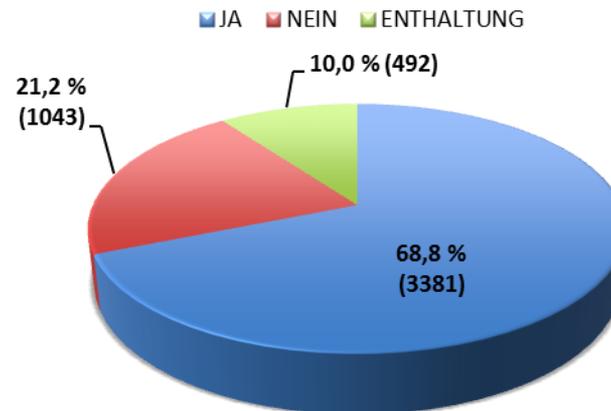


Themenbereich: Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

Frage 48 : Straßenverkehr

Die Autofahrer werden auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und mit immer unsinnigeren Geschwindigkeitsbeschränkungen (Lärm, Feinstaub) behindert. Die Kommunen nutzen dies dann vorrangig als zusätzliche Einnahmequelle. Bald droht auch ein allgemeines Tempolimit auf allen Autobahnen.

Die AfD fordert „Freie Fahrt für freie Bürger“ und lehnt alle Beschränkungen aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit ab. Kein Tempolimit auf Autobahnen, 100 km/h auf Landstraßen und 50 km/h innerorts auf allen Durchgangsstraßen, jederzeit.

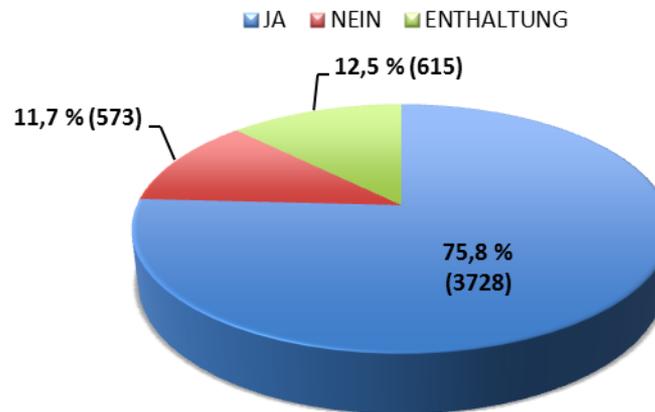


Themenbereich: Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

Frage 49 : Klima

Wissenschaftlich völlig unbestritten ist, dass sich das Klima wandelt, seit es eine Atmosphäre gibt. Trotzdem hat sich seit langem eine breit angelegte extrem kostspielige Politik für den „Klimaschutz“ etabliert. Für deren Begründung bzw. der nur vermuteten Ursachen und Folgen des aktuellen Klimawandels, dienen allein Computer-Modelle. Die sind jedoch für diese Zwecke nachweislich unbrauchbar, da sie weder die beobachteten Temperaturen der letzten zwanzig Jahre noch die historische römische und mittelalterliche Warmzeit wiedergeben. Ein Nachweis hingegen aus Experiment oder Beobachtungen in der Realität findet sich in keinem der bisher fünf Berichte des „Weltklimarates“ (IPCC). Daher besteht der begründete Verdacht einer rein ideologisch gesteuerten Kampagne mit ganz anderen Zielen und Motiven.

Sollte Deutschland die von der Bundesregierung und den anderen Parteien angestrebten Alleingänge zur Reduzierung der CO₂-Emissionen unterlassen sowie besondere finanzielle Belastungen für den „Klimaschutz“ zurücknehmen, sich ggf. auf den natürlichen Klimawandel einstellen und vor allem eine ideologiefreie Forschung zum Klima betreiben?

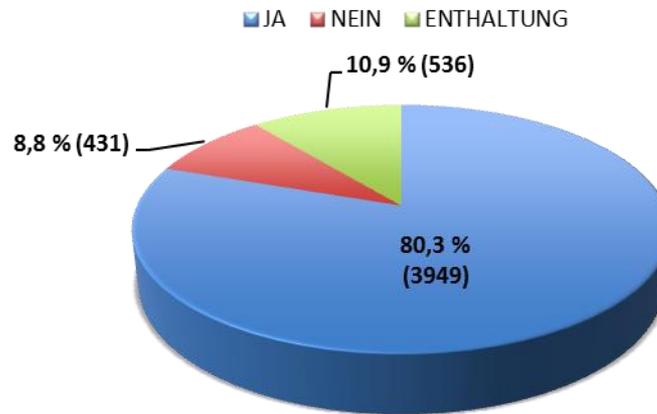


Themenbereich: Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

Frage 50 : Klimaneutrales Deutschland 2050

Die Bundesregierung strebt unter dem Motto „Klimaneutrales Deutschland 2050“ die „Große Transformation“ zu einer von links-grüner Ideologie beherrschten ökologistischen Gesellschaftsordnung an. Mit dem „Klimaschutzplan 2050“ soll das Ziel, die sogenannte Dekarbonisierung, d. h. eine drastische Absenkung des menschenverursachten CO₂-Ausstoßes um mehr als 85 % erreicht werden. Wesentliche Maßnahmen zur Durchsetzung des Planes sind, den privaten und industriellen Verbrauch von fossilen Energieträgern auf nahezu Null zu reduzieren und die Energieversorgung weitgehend vollständig auf instabile „Erneuerbare“ Energien umzustellen.

Sollte Deutschland die in diesem Programm angestrebte staatliche zentrale Planwirtschaft mit ideologischer Bevormundung der Bürger und mit Deindustrialisierung Deutschlands stoppen und stattdessen in eine für den Bürger eigenverantwortliche umweltverträgliche Energiepolitik eintreten, die die Strom- und Treibstoffpreise sowie Heizkosten konkurrenzfähig und für die Bürger bezahlbar hält?



Themenbereich: Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

Frage 51 : Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

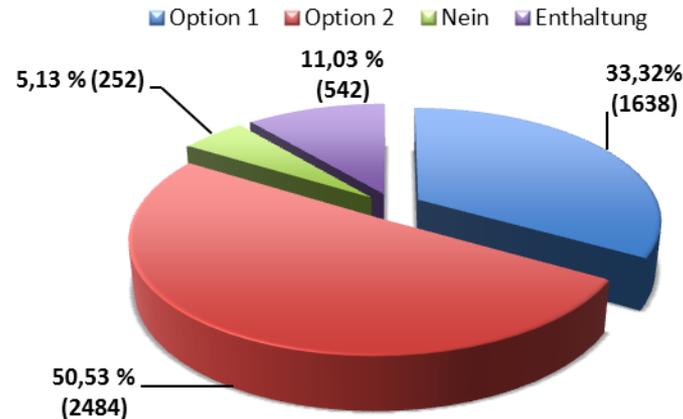
Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft, weil dabei Anlagen zur Stromerzeugung massiv subventioniert werden, die sonst nicht marktfähig wären. Die Kosten dieser Subventionierung von mittlerweile 27 Milliarden Euro jährlich werden als EEG-Umlage mit der Rechnung auf die Verbraucher abgewälzt, wodurch sich der Strompreis in den letzten zehn Jahren bereits verdoppelt hat, mit weiter steigender Tendenz. Es findet dabei eine Vermögensumverteilung von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewinnern statt. Die AfD tritt deshalb dafür ein, das EEG sofort zu beenden.

Option 1:

Das EEG muss ersatzlos kassiert und bestehende Rechtsansprüche aus dem EEG insoweit gewährt werden, wie sie durch die gesetzlichen Verpflichtungen unabweisbar sind.

Option 2:

Das EEG muss ersatzlos kassiert werden, und darf es kein Tabu sein, den Umfang bestehender Subventionsverpflichtungen aus dem EEG infrage zu stellen.

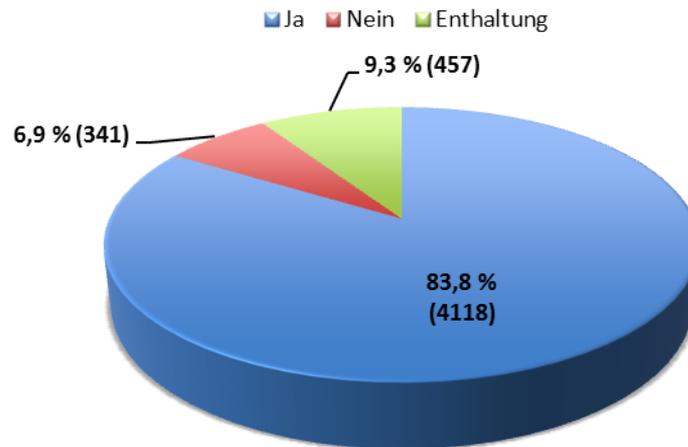


Themenbereich: Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

Frage 52: EnEV / EEWärmeG

Die Energie-Einspar-Verordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) verpflichten Gebäudebesitzer zu teuren technischen und baulichen Maßnahmen für die Wärmedämmung und für die Nutzung von „Erneuerbaren“ Energien zum Heizen und Kühlen mit fragwürdigem Nutzen und teils schädlichen Folgen.

Deutschland soll die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos aufheben, die staatliche Bevormundung beenden, Besitzern von Gebäuden, Wohneigentümern und Mietern die Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Gebäuden in Eigenverantwortung selbst überlassen.



Themenbereich: Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

Frage 53 : Kernkraft

Solange es für den Strom aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen keine Speichermöglichkeiten gibt, ist die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage zu wettbewerbsfähigen Preisen nicht gesichert. Stabil laufende Großkraftwerke müssen ständig den stark schwankenden EE-Strom ausgleichen oder ganz ersetzen. Deshalb ist eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen weltweit sichersten Kernkraftwerke sinnvoll. Die Forschung auf dem Gebiet der Kernenergie, der Reaktor- und Kraftwerks-Technik und ihrer Sicherheit sowie zur ressourcen-schonenden Verwertung der radioaktiven Reststoffe aus der Kernkraftnutzung ist wieder aufzunehmen bzw. fortzusetzen.

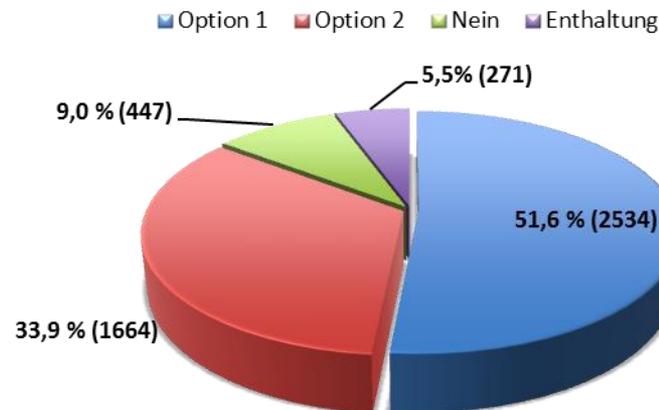
Es ist fraglich, ob eine Mehrheit der Bevölkerung die sachlich nicht begründeten Beschlüsse zum Ausstieg aus der Kernkraft und seiner extrem schädlichen Folgen für die Wirtschaft und Versorgungssicherheit bei voller Kenntnis unterstützt hätte.

Option 1:

Die Laufzeit bestehender Kernkraftwerke sollte **verlängert** werden. Deutschland sollte sich die Option auf eine Energieversorgung durch Kernenergie offenhalten und wieder substantziell in die Forschung zu Kernenergie und Recycling der radioaktiven Reststoffe investieren.

Option 2:

Die Laufzeit sollte **nicht verlängert** werden, Deutschland sich aber die Option auf eine Energieversorgung durch Kernenergie offenhalten. Es soll wieder substantziell in die Forschung zu Kernenergie und Recycling der radioaktiven Reststoffe investieren.

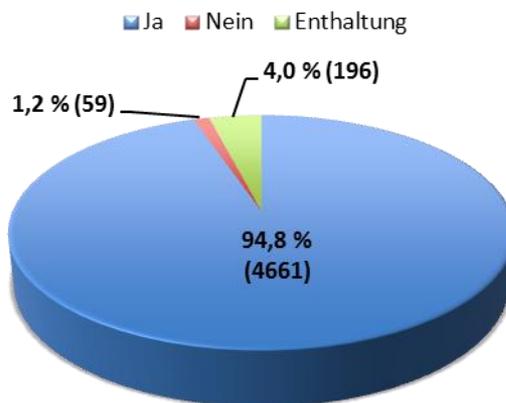


Themenbereich: Energie, Klima, Technik und Infrastruktur

Frage 54 : Technologie/Technik

Die AfD will den Technologiestandort Deutschland durch eine innovations- und technologiefördernde Politik weiter voranbringen. Die Möglichkeiten zur Finanzierung von Unternehmensausgründungen sollen verbessert werden. Bei Innovationen sollen sich die Unterstützungen auf Forschung und Entwicklung (F&E), Pilotprojekte und Prototypen beschränken. Die Freiheit der Forschung soll gestärkt und von ideologisch ausgerichteten Vorgaben befreit werden. Der Anteil der Hochschulabsolventen von MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) soll erhöht und die zunehmende Technologiefeindlichkeit zurückgedrängt werden - auch durch eine verstärkte Vermittlung dieser Fächer in den allgemeinbildenden Schulen.

Deutschland sollte als Technologiestandort gestärkt werden, um auch in Zukunft die Herausforderungen von Globalisierung und demographischen Wandel bestehen zu können.



Ende der Auswertung „Onlinebefragung zum Parteiprogramm Teil2“

Rückfragen zur Onlinebefragung beantwortet Ihnen in der Bundesgeschäftsstelle Herr Thore Rothenburg.

Thore Rothenburg
Bundesgeschäftsstelle – Strategie und Kampagnen

Tel.: 030 2655837-12
Fax: 030 2655837-29
thore.rothenburg@alternatiefuer.de

Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

www.alternatiefuer.de
www.mir-geht-ein-licht-auf.de

